INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



5. Oktober 1995

Nr. 346

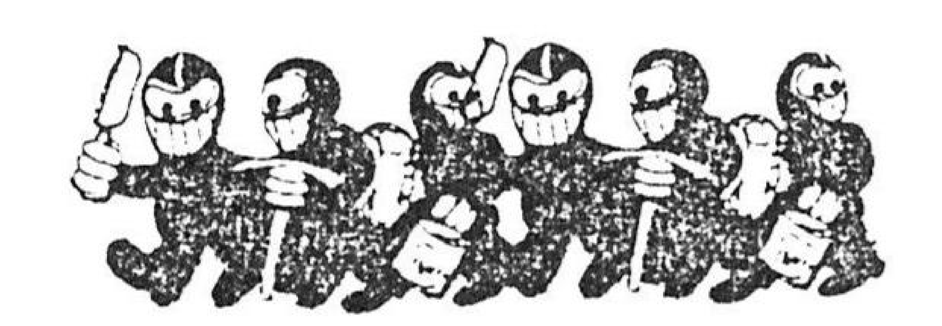
Lieber Sup!

Du fragst an, ob uns der 1. Januar als Termin für die Landung eines zapatistischen Expeditionskorps in Europa recht ist. Na klar, aber - um einen Genossen der Bewegung 2. Juni zu zitieren - uns ist auch jeder andere Termin recht. Hauptsache, ihr kommt.

Nur müssen wir dich etwas vorwarnen: Ob wir es schaffen, bis zum 1. Januar die optimalen Bedingungen für eure Landung herzustellen, ist noch nicht ganz so sicher, wir werden uns aber alle Mühe geben. Deshalb ist dein skeptischer Blick (siehe Titelbild) - aufgenommen bei der ersten Probelandung - noch gerechtfertigt. Inzwischen allerdings hat unsere Kampagne für Pressefreiheit und Freilassung der wegen "radikal" Gefangenen Unterstützung auch im bürgerlichen Lager gefunden, wie der Leitkommentar des Tagesspiegels vom 27. September 95 zeigt.

An dieser Stelle wollen wir nochmals alle LeserInnen warnen, daß die Bauanleitung auf Seite 32 noch nicht ausgereift ist. Bitte, probiert sie erst einmal an einer ungefährlichen Stelle aus, ehe ihr zur Aktion schreitet.

Falls ihr Beschwerden habt, bezieht euch bitte auf eine konkrete Nummer und konkrete Seiten - denn die Menschen, die eine Ausgabe zusammenstellen, sind nicht unbedingt dieselben bei den nächsten Ausgaben. Deswegen können Antworten etwas dauern.



Der tägliche Kampf um Pressefreiheit

VON GERD APPENZELLER

Gerade in Berlin muß an die Bedeutung der Pressefreiheit nicht erinnert werden. Nach 1933 flohen die maßgebenden Journalisten und Verleger der Stadt oder wurden verhaftet und umgebracht.

Wer sich umschaut in der Welt, stellt fest, daß auch heute, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, Pressefreiheit weder selbstverständlich geworden ist noch irgendwo ungefährdet blieb. Sie einzuklagen und in unserem Land als kostbares Gut zu bewahren und zu schützen ist nicht nur Aufgabe der Politik, sondern aller Bürger und aller staatlichen Gewalt – zu der die Presse nicht gehört, auch wenn sie immer wieder wie gleichberechtigt an die Seite von Legislative, Judikative und Exekutive gestellt wird. Wer vornehmlich den Zeitungen so schmeichelt, hat in der Regel weniger ihr Lob als die Kontrolle über sie im Sinn.

Das gedruckte Wort darf sich jedoch durch nichts vereinnahmen lassen als die Pflicht zur wahrhaften Berichterstattung. Dagegen feindlich gesonnene Kräfte gibt es auch bei uns. Exzessiv formulierte oder ausgelegte Gegendarstellungsbestimmungen sollen unbequeme Journalisten knebeln. Wirtschaftliche Abhängigkeiten können die publizistische Vielfalt und Freiheit gefährden. Journalisten, die sich wie Marktschreier prostituieren, untergraben die Glaubwürdigkeit der Presse. Der Kampf um die Pressefreiheit hört nie auf. Er beginnt jeden Tag neu.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

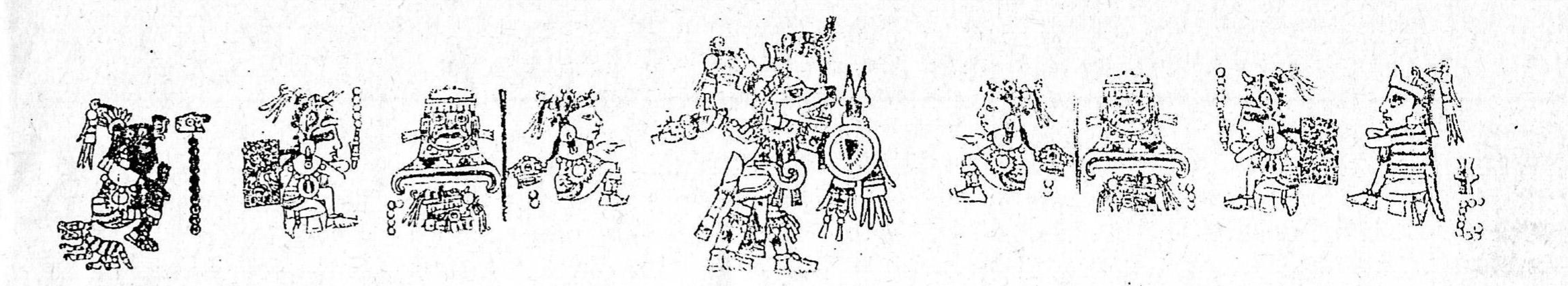
Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt



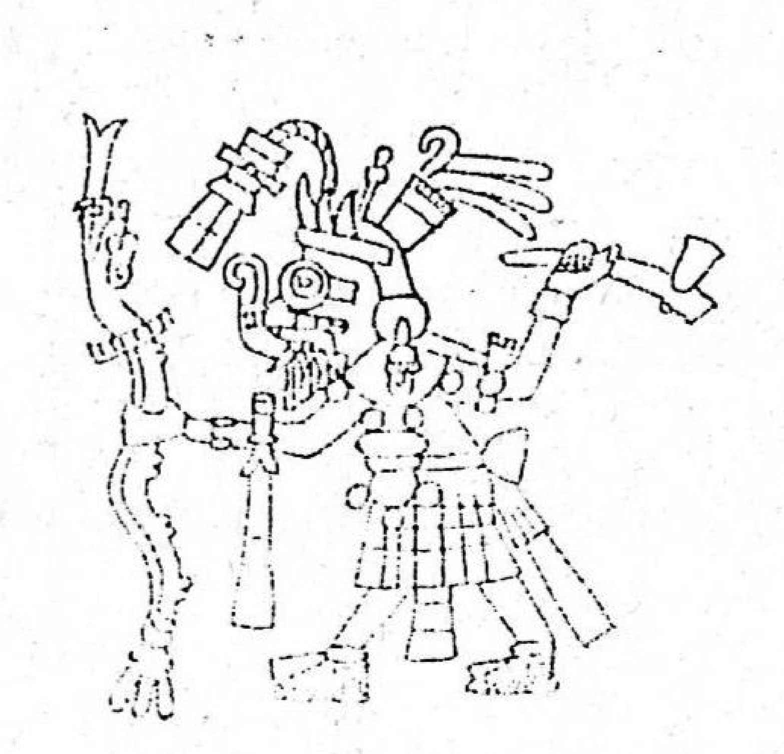
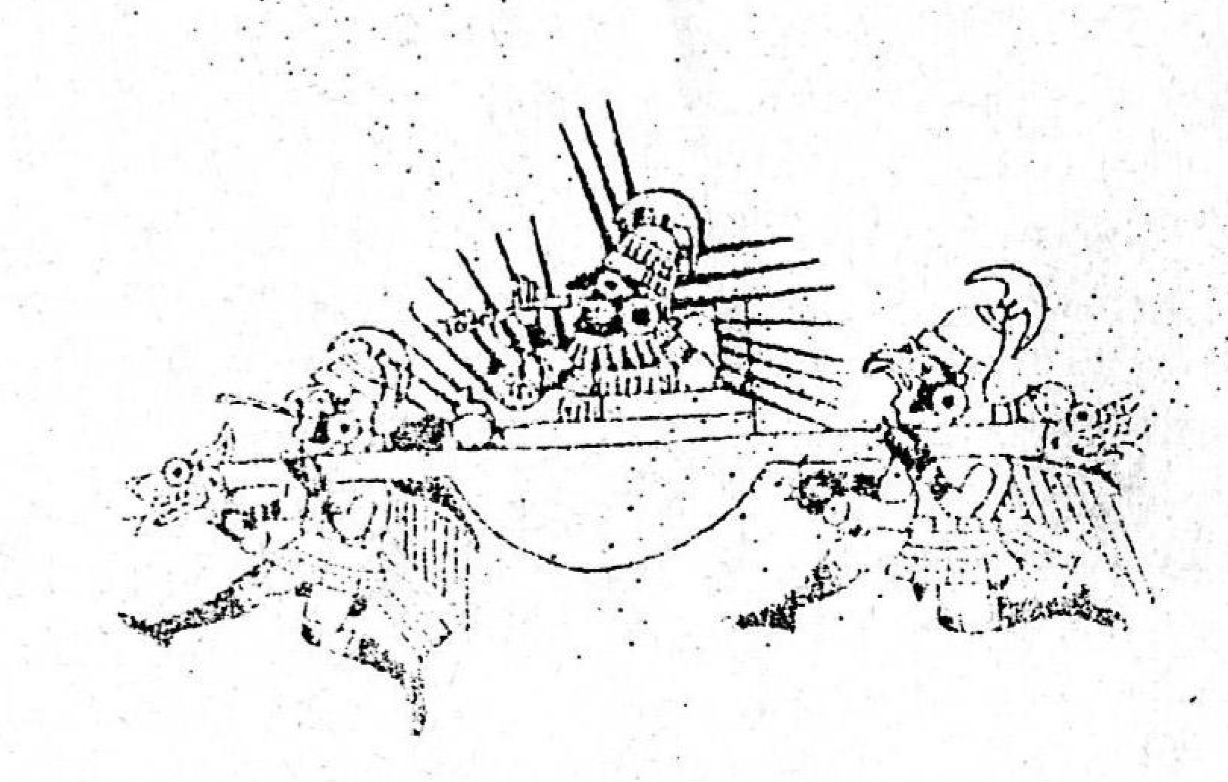
Kommuniqué des **Geheimen Indígenen Komitees – Generalkommandantur (CCRI-CG)** des **Ejército Zapatista de Liberación Nacional**
Chiapas, Mexico, 28. August 1995

An die Männer und Frauen in Solidarität mit Chiapas, Mexiko, die in Brescia, Italien, versammelt sind.
An die Völker der Welt

Brüder und Schwestern:
Im Namen aller Männer, Frauen, Kinder und Alten des Ejército Zapatista de Liberación Nacional grüße ich Euch und drücke Euch unseren Wunsch aus, daß dieses Treffen zu guten Ergebnissen führen möge.
Wir wissen bereits, daß wir Brüder und Schwestern in anderen Ländern und Kontinenten haben.
Uns verbrüdert eine Weltordnung, die Nationen und Kulturen zerstört. Der große internationale Kriminelle, das Geld, hat heute einen Namen, der die Unfähigkeit der Macht widerspiegelt, Neues zu schaffen. Ein neuer Weltkrieg wird heute erlitten. Es ist ein Krieg gegen alle Völker, gegen die Menschen, die Kultur, die Geschichte. Es ist ein Krieg, der von einer Handvoll heimatloser und schamloser Finanzzentren angeführt wird, ein internationaler Krieg: das Geld gegen die Menschheit. „Neoliberalismus" wird heute diese Internationale des Terrors genannt. Die neue internationale Wirtschaftsordnung hat bereits mehr Tod und Zerstörung bewirkt als die großen Weltkriege. Mehr Arme und mehr Tote wurden wir zu Brüdern und Schwestern.
Uns verbrüdert die Unzufriedenheit, die Rebellion, die Lust, etwas zu tun, die Nichtkonformität. Die Geschichte, die die Macht schreibt, lehrte uns, daß wir verloren haben, daß der Zynismus und das Gewinnstreben Tugenden seien, die Aufrichtigkeit und die Aufopferung albern, der Individualismus der neue Gott und daß die Hoffnung eine abgewertete Währung sei, deren Kurs auf den internationalen Märkten nicht notiert wird, ohne Kaufkraft, ohne Hoffnung. Wir haben die Lektion nicht gelernt. Wir sind schlechte Schüler gewesen. Wir glaubten nicht daran, was die Macht uns lehrte. Wir schwänzten den Unterricht, wenn Konformismus und Schwachsinn gelehrt wurde. Bei Modernität fielen wir durch. Als Mitschüler der Rebellion haben wir uns gefunden und uns als Brüder erkannt.
Uns verbrüdert die Phantasie, die Schaffenskraft, das Morgen. In der Vergangenheit sahen wir nicht nur Niederlagen, sondern wir sind auch auf Wunsch nach Gerechtigkeit und auf Träume, besser zu sein, gestoßen. Wir hängten den Skeptizismus an die Garderobe des Großkapitals und entdeckten, daß es ging, daß es sich lohnte, daß es notwendig war, ... an uns selbst zu glauben.

Wir lernten, daß die Einsamkeiten, die zusammengezählt werden, nicht unbedingt eine große Einsamkeit ergeben, sondern ein Kollektiv, das sich jenseits von Nationalitäten, Sprachen, Kulturen, Rassen und Geschlechtern findet und verbrüdert.
Wir, die Zapatisten, befinden uns weiterhin in den Bergen des mexikanischen Südostens, wir sind weiterhin umzingelt, wir werden weiterhin verfolgt, weiterhin ist jede unserer Bewegungen, jede Ruhepause, jeder Schritt vom Tod bedroht. Die Regierung ist weiter in ihrem Palast, sie fährt fort zu umzingeln, zu verfolgen, Tod und Elend anzubieten, zu lügen.
Mehr als eine Million Mexikaner haben in einer für Mexiko beispiellosen demokratischen Manifestation ihre Übereinstimmung mit unseren Hauptforderungen erklärt. Viele Brüder und Schwestern aus dem Ausland haben sie bestätigt. Die Regierung bleibt taub. Zehntausende von Männern und Frauen haben sich eingesetzt, um die NATIONALE BEFRAGUNG FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE zu unterstützen. Die Regierung bleibt blind. Hunger und Krankheiten quälen ganze Gemeinschaften bis zum Ersticken. Die Bundesarmee verstärkt ihre militärischen Aktionen und die Vorbereitung zum Mord. Die politischen Parteien weigern sich, den Indigenas bürgerliche Rechte zuzuerkennen. Die Kommunikationsmedien werden zu Komplizen der Lüge und des Schweigens. Verzweiflung und Groll werden zum nationalen Stammgut. Wir werden nicht beachtet, verachtet, vergessen.
Es ist evident, daß der Sieg so nahe liegt wie nie zuvor. Wir bereiten uns bereits darauf vor, Solidaritätsgruppen mit dem Kampf in Euren jeweiligen Ländern zu bilden. Ihr dürft Euch sicher sein, daß wir Euch bis zum Ende unterstützen werden (das nicht unbedingt der Sieg sein wird). Ihr dürft nicht den Mut verlieren angesichts der Schwierigkeiten und müßt Widerstand leisten. Ihr sollt voranschreiten, und denkt daran, daß es in den Bergen des mexikanischen Südostens ein kollektives Herz gibt, das auf Eurer Seite steht und Euch unterstützt. Fühlt Euch nicht allein oder isoliert.
Wir blicken weiterhin auf Euch und vergessen Euch nicht.
Soweit. Salud und vergeßt nicht, daß die Blumen, wie die Hoffnungen, gepflegt werden müssen.

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens
Subcomandante Insurgente Marcos
Mexiko, August 1995

Kurz zum besseren Verständnis:

Als der "Sup" 1985 in den Urwald von Chiapas/Mexiko ging, nahm er 15 Bücher mit, darunter "Alice im Wunderland", Shakesspeare und "Don Quichote" von Cervantes, sein Lieblingsbuch. Einige dieser literarischen Bilder tauchen nun in den Kommuniques von Marcos als Pressesprecher der EZLN wieder auf, zum Beispiel hier auf dieser Seite Don Quichote als der Käfer "Don Dorito de la Lacandona", der mit seinem treuen Schildknappen "SupMarcos" als fahrender Ritter durch die Lande zieht. In den letzten Monaten entwickelte sich ein reger Briefkontakt und Dialog zwischen italienischen ArbeiterInnen von FIAT und ALFA ROMEO, die in autonomen Gewerkschaften (Cobas) organisiert sind und dem "Sup" bzw. den Aufständischen in Chiapas. Als Beispiel ein Brief aus Mailand (etwas gekürzt). Und noch viel wichtiger, weil es das hierarchiscne Verhältnis zwischen Kämpfen im Trikont und in der Metropole aufsprengt: der "Sup" spendete 1.000 neue mex. Pesos für die Streikkasse der Cobas bei FIAT/Turin. Vollständig abgedruckt findet ihr die Texte in "Land und Freiheit", Sonderblätter der Zeitschrift "Die Aktion" c/o Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg.

Kommuniqué des **Geheimen Indígenen Komitees – Generalkommandantur (CCRI-CG)** des **Ejército Zapatista de Liberación Nacional**
Chiapas, Mexiko, 27. August 1995

An die Männer und Frauen in Solidarität mit Chiapas, Mexiko, die in Brescia, Italien, versammelt sind.
An die Völker der Welt

Von: **Don Durito de La Lacandona**

Brüder und Schwestern:
Es schreibt Euch Don Durito de La Lacandona, fahrender Ritter, Weltverbesserer, unruhiger Traum des weiblichen Geschlechts, Trachten des männlichen, letztes und größtes Exemplar jener Rasse, die die Größe der Menschheit mit solch gewaltigen und uneigennützigen Heldentaten erhöhte, Käfer und Mondkrieger.

Ich habe meinen treuen Schildknappen – den, den ihr „SupMarcos" nennt – beauftragt, Euch einen schriftlichen Gruß zu übersenden mit allen Formalitäten, die die heutige Diplomatie erfordert, ausgenommen schnelle Eingreiftruppen, Wirtschaftsprogramme und Kapitalflucht.
Es ist mir allerdings ein Bedürfnis, Euch einige Zeilen zu senden, deren alleiniger Zweck darin besteht, dazu beizutragen, Euren Geist zu erhöhen und die guten und edlen Gedanken in Eurem Gemüt zu vertiefen. Deshalb schicke ich Euch die folgende Erzählung, die, ganz sicher, voller reicher und vielfältiger Lehren ist. Die Geschichte ist Teil der Reihe „Geschichten für eine Nacht der Asphyxie" (deren baldige Veröffentlichung unwahrscheinlich ist) und die folgenden Titel trägt:

Die Geschichte des Mäuschens und des Kätzchens

Es war einmal ein Mäuschen, das sehr viel Hunger hatte und ein Stückchen Käse essen wollte, das im Küchlein des Häusleins lag. Und so ging das Mäuschen sehr entschlossen in das Küchlein, um das Stückchen Käse zu schnappen. Aber da stellte sich ihm ein Kätzchen in den Weg und das Mäuschen erschrak sehr und rannte weg und konnte nun nicht mehr das Stückchen Käse aus dem Küchlein holen.
Dann begann also das Mäuschen darüber nachzudenken, wie es das Stückchen Käse aus dem Küchlein holen könnte, und es dachte:
„Jetzt weiß ich's, ich werde ein Tellerchen mit Milch hinstellen und dann wird das Kätzchen sich dranmachen, die Milch zu trinken, denn die Kätzchen trinken liebend gerne Milch. Und dann, wenn das Kätzchen seine Milch trinkt und es nicht merkt, werde ich in das Küchlein gehen, um das Käslein zu schnappen und ich werde es essen. Eine seeehr gute Idee", lobte sich das Mäuschen.
Und so ging es also los, um Milch zu holen. Aber es stellte sich heraus, daß die Milch im Küchlein war, und als das Mäuschen in das Küchlein gehen wollte, versperrte ihm das Kätzchen den Weg und das Mäuschen erschrak sich sehr und rannte weg und konnte nicht mehr die Milch holen. Dann begann also das Mäuschen darüber nachzudenken, wie es die Milch aus dem Küchlein holen könnte, und es dachte und sagte:
„Jetzt weiß ich's, ich werde ein Fischchen ganz weit wegwerfen und dann wird das Kätzchen wegrennen, um das Fischchen zu essen, denn die Kätzchen essen sehr gerne Fischchen. Und dann, wenn das Kätzchen sein Fischchen ißt und es nicht merkt, werde ich in das Küchlein gehen, um die Milch zu holen, um sie in ein Tellerchen zu schütten und dann, wenn das Kätzchen seine Milch trinkt und es nicht merkt, werde ich in das Küchlein gehen, um das Stückchen Käse zu holen, und ich werde es essen. Eine seeehr gute Idee", lobte sich das Mäuschen.
Und so ging es also los, das Fischchen zu holen. Aber nun stellte sich heraus, daß das Fischchen im Küchlein lag, und als das Mäuschen in das Küchlein gehen wollte, versperrte ihm das Kätzchen den Weg und das Mäuschen erschrak sich sehr und rannte weg und konnte nicht mehr das Fischchen holen.
Und dann sah das Mäuschen, daß das Stückchen Käse, das es wollte, die Milch und das Fischchen, daß alles im Küchlein war und es nicht hinkonnte, weil das Kätzchen es verhinderte. Und da sagte das Mäuschen „Ya Basta" und schnappte sich ein Maschinengewehr und durchlöcherte das Kätzchen und ging in die Küche und sah, daß das Fischchen, die Milch und das Stückchen Käse bereits schlecht und ungenießbar geworden waren. Und da ging es zurück zum Kätzchen, zog ihm die Haut ab und sodann machte es einen großen Braten und lud alle seine Freunde und Freundinnen ein und dann machten sie ein Fest und sie aßen das gebratene Kätzchen und sangen und tanzten und lebten glücklich und zufrieden. Und die Geschichte begann...

Das ist das Ende der Erzählung und der Schluß dieses Sendschreibens. Ich erinnere Euch daran, daß die Trennungen zwischen Ländern nur dazu dienen, das Vergehen „Schmuggel" zu typifizieren und um den Kriegen einen Sinn zu geben. Es ist klar, daß es zumindest zwei Dinge gibt, die grenzüberschreitend sind: das eine ist das Verbrechen, das, als Modernität verkleidet, das Elend weltweit verteilt; das andere ist die Hoffnung, daß die Scham nur dann existieren möge, wenn man einen falschen Tanzschritt macht und nicht jedesmal, wenn wir uns im Spiegel sehen. Um mit dem Ersten Schluß zu machen und das Zweite zum Blühen zu bringen, ist es nur nötig zu kämpfen und besser zu sein. Der Rest kommt von selbst und ist das, was gewöhnlich Bibliotheken und Museen füllt.
Es ist nicht notwendig eine neue Welt zu erobern, es reicht, sie neu zu machen...

Soweit. Salud und denkt daran: für die Liebe ist ein Bett nichts als ein Vorwand; für den Tanz ist ein Lied nichts als eine Verzierung; und für den Kampf ist die Nationalität nichts als ein umstandsbedingter Akzidens.

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens
Don Durito de La Lacandona
Mexiko, August 1995

PS:– Verzeiht, daß ich diese Literatur schon abbreche. Aber ich muß eine Expedition zusammenstellen, um diesen Winter in Europa einzufallen. Wie würde Euch eine Landung zum 1. Januar passen?

GRUSSBOTSCHAFT DER REVOLUTIONÄREN ARBEITER VON ALFA ROMEO

Von: SLAI/Cobas Alfa Romeo Arose, Mailand, Italien
An: Subcommandante Insurgente Marcos, CCRI - CG der EZLN und Amado Avendaño Figueroa, CND, Mexico

Brüder und Schwestern,
der italienische Kaffee ist ein Bestandteil des italienischen Nationalstolzes – obwohl er das Erzeugnis einer Pflanze ist, die nicht in Italien wächst – und läßt sogar den besten Teil der internationalistischen Arbeiterklasse zu Chauvinisten werden, und darin bin ich vollkommen „integriert". Fußball ist das andere Element, wobei dieser Stolz allerdings weniger Berechtigung hat. Beide überschneiden sich noch einmal und treten mit der ganzen Welt südlich des Rio Grande in Beziehung. Im besonderen mit Brasilien, das auf unserer Seite des Ozeans Verehrung und Rivalität in einem auslöst: Italien wird auf der Weltmeisterschaft durch Elfmeterschießen besiegt, der Kaffee wird aus den dortigen Plantagen importiert, in denen die Indigenen von Viren befallen werden und sterben. Der Fluch der Unterdrückung, der in Form der Bewußtseinskrise auch zu den „privilegierten" Ausgebeuteten des Nordens zurückkehrt, läßt dir keine Möglichkeit zum vollen Genuß, wenn dadurch andere getroffen werden (und das ist auch richtig).
Jedenfalls hat der geröstete Kaffee „à la Italiana", der Mokka, eine jahrhundertealte Tradition als Stammgut der Massen und ist „objektiv" gut, eine historische Aneignung wie der englische Tee oder der argentinische Mate: er ist so etwas wie eine Lebensphilosophie.
Wer weiß? Etwas Ähnliches dürfte mit dem Pfeifentabak geschehen sein, aber der Diskurs wird zu lang, und außerdem rauche ich nicht. Wovon rede ich dann also?
Just in diesem Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, labe ich mich an einer Tasse schwarzen Kaffees und nutze die glückliche Gelegenheit des Besuches des Rebellen-Gouverneurs in Italien, um Euch unsere Antworten auf die Consulta mitzuteilen. Er ist ein Bote, der uns zutiefst ehrt, und uns bereits das letzte Mal ermöglichte, der Generalkommandatur unsere Gewerkschaftsfahne von SLAI/COBAS ALFA ROMEO zukommen zu lassen.
Der Kampf in unserer Fabrik Alfa Romeo in Arese, nahe bei Mailand, die zum transnationalen Unternehmen FIAT gehört, das seinen Sitz in Italien hat, geht beharrlich weiter. Und dies trotz der Schläge, die wir mit der Aussperrung von 3.000 Arbeitern und der politischen Entlassung von einigen Führern der Cobas einstecken mußten. Der Widerstand dient anderen Fabriken als Beispiel, und die Entlassungen – in bester Arbeitertradition – ermutigten andere Genossen auf der ganzen Halbinsel, sich der Mobilisierung anzuschließen.
Der Angriff auf die Renten seitens des brutalen Neoliberalismus der Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer Niederlage enden, die durch die Kapitulation der politischen und gewerkschaftlichen Kräfte hervorgerufen wird, die früher einmal die Arbeiterbewegung ausmachten und sich heute „liberal-demokratisch" nennen. Selbst in der Niederlage sind die Bedingungen für einen Wiederaufbau von unten gegeben, von den Betrieben aus, für den Wiederaufbau einer Klassen- und Massengewerkschaft, die unabhängig von Staat, Regierung und Unternehmern ist, und auch einer kommunistischen Partei, die zur Zeit (glücklicherweise, sage ich) eher von der sozialen Radikalität als von abstrakter Orthodoxie lebt und verschiedene Sektoren vereint und den Minoritarismus überwindet, den viele von uns in der Vergangenheit praktizierten.
In eben diesem Kampf gilt unsere erste Solidarität dem zapatistischen Kampf, der auch in der Symbolik unserer Bewegung weiter lebendig ist: ohne Mythen, sondern als Anerkennung – so wie wir es im TV bei Tausenden von Mexikanern sahen – tragen wir weiter Transparente und T-Shirts von Zapata (und machmal vom Sub, als kleines Zugeständnis zum Persönlichkeitskult...) und drucken wir weiter Gewerkschaftsausweise mit den Worten von Marcos, die sich an die Arbeiter/innen von Alfa Romeo richten.

(...)

Ejército Zapatista de Liberación Nacional México

An: Herrn Soundso
Professor und Forscher
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)
México, D.F.
Von: Don Durito de La Lacandona
Fahrender Ritter, dessen Schildknappe der Sup-Marcos ist.
Ejército Zapatista de Liberación Nacional México
Mexiko

Mein Herr:
Es mag Ihnen merkwürdig erscheinen, daß ich, ein Käfer, der das edle Handwerk eines fahrenden Ritter ausübt, Ihnen schreibt. Haben Sie keine Angst, und Sie müssen auch keinen Psychoanalytiker aufsuchen, ich werde es Ihnen hurtig und *subito* erklären. Es ist nämlich so, daß Sie dem Sup antrugen, einen Artikel für ein Buch (oder so etwas Ähnliches) über **Den Übergang zur Demokratie** zu schreiben. Das Buch (oder was immer es sein mag) würde von der UNAM verlegt werden (was fast eine Garantie dafür ist, daß niemand es lesen wird, zumal, wenn man die Krise des Verlagsgewerbes und die Erhöhung der Papierkosten berücksichtigt). Die Abmachung war, daß der ungeheuere Betrag von N$ 1.000.00 (Tausend Neue Pesos), den die UNAM für die schriftliche „Mitarbeit" bezahlt, an die FIAT-Arbeiter in Turin in der entsprechenden Menge Dollars oder italienischen Lire ausgezahlt wird. Wir haben erfahren, daß auch die italienischen Arbeiter der COBAS bereits die genannte Summe als Solidaritätsbeweis der Zapatisten mit der Sache der europäischen Arbeiter erhalten haben. Sie haben Ihre Pflicht getan, die FIAT-Arbeiter auch, und der einzige, der ein schlechtes Bild abgibt, ist der Sup, denn ich erinnere mich ganz deutlich an die Abgabefrist und daran, daß der Sup nichts geschrieben hat. Januar 1995 war ins Land gezogen und der Sup war mit seinen Naivitäten beschäftigt, daß die Regierung zum Dialog bereit wäre, deshalb schrieb er auch im Januar nicht diese Auftragsarbeit. Der Februar des Verrats brachte ihn wieder zur Vernunft und bewirkte, daß er die Beine in die Hand nahm und an meine Seite eilte. Nachdem er sich von der Enttäuschung erholt hatte, erzählte er mir von seiner Verpflichtung bezüglich des Artikels und bat mich, ihm bei diesem ernsten Prädikament zur Seite zu stehen. Ich, werter Herr, bin ein fahrender Ritter, und wir fahrenden Ritter können nicht umhin, den Bedürftigen zu helfen, wie großnäsig und delinquent der fragliche Schutzlose auch sein mag. So akzeptierte ich also gutwillig, die mir angetragene Hilfe zu gewähren, und deshalb schreibe ich Ihnen und nicht der Sup. Sie werden sich natürlich fragen, warum ich Ihnen erst im Mai schreibe, wo ich diesen Auftrag doch im Februar erhielt. Nun, denken Sie daran, wie es ein Journalist richtig ausdrückte, daß dies die „Rebellion der Gehängten" ist (* Wortspiel im Spanischen zwischen dem gleichnamigen Buch von B. Traven und einer weiteren Bedeutung des Wortes „colgado" = Abhänger/Rumhänger)

Außerdem muß ich Sie darauf hinweisen, daß ich seeehr ernst und seeehr förmlich schreibe, Sie in meiner Schreibweise also nicht diese Unehrerbietigkeiten und Witzeleien des Sups erwarten dürfen, die die Regierungsvertreter so empören. Deshalb habe ich so lange gebraucht. Regen Sie sich nicht auf, es hätte schlimmer kommen können, Sie hätten darauf warten müssen, daß der Sup Ihnen eines Tages schreibt. Aber es lohnt sich nicht, das Risiko einzugehen, auf diesen sehr unwahrscheinlichen Tag zu warten. So schicke ich Ihnen also diese Papierrolle, die das Thema enthält, das Sie vorschlugen und das, wenn ich mich richtig erinnere, den Titel trägt

DER ÜBERGANG ZUR DEMOKRATIE LAUT DEN ZAPATISTEN



(...)

„Wenn das der Führer wüßt..."

Rechtsextremismus in der DDR

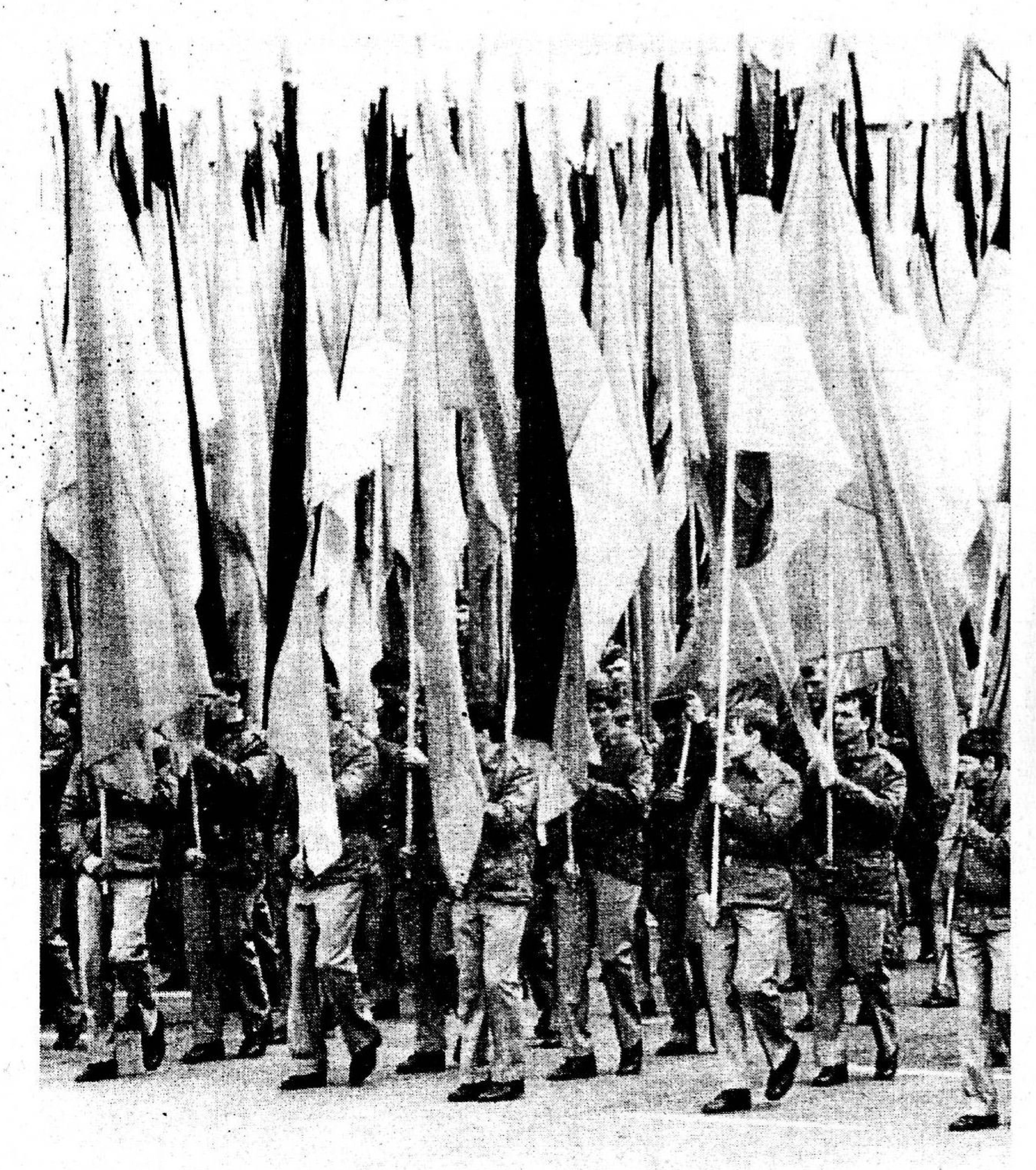
Bei der Beleuchtung des militanten Faschismus' und seines Umfeldes zu *"Vor-Wendezeiten"* empfiehlt es sich, das letzte Jahrzehnt der DDR genauer zu betrachten. Honeckers *"eigener"* Weg des Sozialismus war klar gescheitert, die DDR hatte sich geöffnet und die weite, bunte Welt schwappte per TV und für die LeipzigerInnen zweimal jährlich zur Messe live über die Mauer. Im Gegensatz dazu gab es Versorgungsschwierigkeiten mit bestimmten Lebensmitteln und Gebrauchswaren, von Mode- und Luxusartikeln ganz zu schweigen.

Viele Jugendliche erkannten die Widersprüchlichkeit des Systems schon sehr zeitig und erhielten auf Arbeit, im Elternhaus und bei Kontakten mit *"Erwachsenen"* nur noch Bestätigung für ihr dumpfes Gefühl. Der Wunsch, anders zu sein, nicht dazu zu gehören, dagegen zu sein oder ganz auszureisen führte dazu, daß sie sich an Gruppen und Lebenshaltungen orientierten, die vom *"realen Sozialismus"* abwichen.

Nennenswerte gewaltsame Zusammenstöße zwischen Jugendlichen mit der Polizei oder AusländerInnen gab es fast nur im Zusammenhang mit Groß- oder Massenveranstaltungen. Dazu gehörten Stadt-, Sport- und LVZ-Pressefeste, Disco- und Konzertveranstaltungen und natürlich die Fußballspiele der DDR-Oberliga und -Liga, wo aus der Anonymität heraus agiert werden konnte. Die Präsenz der Polizeikräfte, der Staatssicherheit und anderer Ordnungsgruppen wurde derart verstärkt, daß dieser Druck auf das angestaute Gewaltpotential meist zu überaus harten Auseinandersetzungen führte. Obwohl der Hauptfeind im verhaßten DDR-Regime gesehen wurde, wurden zunehmend Randgruppen *(AusländerInnen, Farbige)*, Abweichler *(Punks, Gruftis, Hippies)* und vom System Benachteiligte und Unterdrückte *(z.B. Schwule und Lesben)* als Ventil benutzt. Dieser Rechtsdrall wurde offiziell kaum wahrgenommen, ja sogar noch als *"Jugendlicher Enthusiasmus"* verharmlost (so z.B. im Zusammenhang mit Fußballspielen) und in diversen offiziellen Jugendgruppierungen (FDJ-Ordnungsgruppen, Kampfsportgruppen), äußerlich leicht beschönigt, sogar übernommen.

AusländerInnen wurden von vielen als privilegiert, arrogant und aggressiv angesehen. Eine Ursache dafür war, daß die ausländischen StudentInnen und VertragsarbeiterInnen meist abseits in ihren StudentInnenwohnheimen lebten und die Bevölkerung kaum Kontakt zu ihnen hatte. In den Studentenklub Moritzbastei, einen Treffpunkt der ausländischen StudentInnen, z.B. kamen nur StudentInnen mit Studentenausweis hinein, in Intershops war man ohne *"Devisen"* nur ZuschauerInnen (im Gegensatz zu den StudentInnen aus dem Ausland, die mit *"harter"* Währung zahlen konnten) und im Sommer kam man maximal bis nach Bulgarien, wenn man überhaupt durfte. Um 1976 kamen AlgerierInnen, später VietnamesenInnen und KubanerInnen, um sich in Leipziger Betrieben ausbilden zu lassen. Auch diese wurden in Neubaughettos *"gehalten"*. Da die OstblockausländerInnen aber genauso benachteiligt waren wie die DDR-Kids, besuchten sie einschlägige Discos, wo es oft zu Auseinandersetzungen mit Jugendlichen kam. Diese schaukelten sich mitunter regelrecht zu allwöchentlichen Kämpfen hoch, wobei es auch Tote gegeben hat. So erhingen auf der Kleinmesse am Cottaweg Deutsche Anfang der Achziger einen Angolaner im Bierzelt, wochenlang wurde das Wohnheim in der Rudolf-Hartwig-Straße mit Steinen angegriffen, es gab immer kleine Reiberreien an den

Der Wunsch, anders zu sein, nicht dazu zu gehören zur uniformierten Einheitsjugend, war für viele DDR-Jugendliche Triebfeder ihres Handelns



Wohnheimen in Grünau. Bei Auswärtsspielen des FC Leipzig oder der BSG Chemie kam es, meist im Zusammenhang mit rassistischen Beschimpfungen, zu Schlägereien zwischen Fußballfans und AusländerInnen. Bei den Auswärtsspielen der BSG Chemie in Dessau wurde regelmäßig ein AusländerInnenwohnheim in Stadionnähe attackiert. Sowjetsoldaten wurden aus der Masse heraus gedemütigt und beschimpft. DDR-Jugendliche waren keine *"schlaffen Osties"*, nur wurden die Auswüchse ihres Handelns nicht bekannt und die GewalttäterInnen wanderten schnell hinter Gitter. Die wöchentlichen Fußballspiele wurden von tausenden Fans auch auswärts begleitet. Bei Schlachten mit gegnerischen Fans gab es kontinuierlich Ausschreitungen, auch Tote. So starb z.B. beim Ortsderby 1980 am Zentralstadion ein Mensch, bei einem Spiel in Probstheida gegen den BFC ebenfalls. Bei einem Aufstiegsspiel in Gera wurde vor 10.000 Chemieanhängern eine Person getötet, bei drei aufeinanderfolgenden Spielen von Union Berlin und Chemie Leipzig offiziell eine, Gerüchten zufolge sogar sechs. Am 23.4.1988 setzte die Leipziger Polizei in Leipzig erstmalig Gummigeschosse gegen Anhänger der Partie FC Leipzig - Union Berlin ein. Der Fußballplatz war sowohl in Leutzsch als auch im Bruno-Plache-Stadion ein Platz, den Staat, die Polizei und die Stasi in direkte Auseinandersetzungen zu verwickeln. An Verbalien wurden genau die Formulierungen benutzt, die der offiziellen Propaganda entgegenliefen: faschistische, rassistische, revanchistische Parolen. Regelmäßig fiel bei Chemie-Auswärtsspielen der Stadionzaun und Fans provozierten maskiert mit Hitlergruß die Stasifotografen. Rufe wie *"Türken raus"*, so idiotisch das auch war (es gab in der DDR keine Türken), *"Rote raus"*, *"Judensau"*, *"Wenn das der Führer wüßt..."* oder *"Leutzsch ist deutsch"* waren an der Tagesordnung. In Zügen wurden Mitte der 80er vermehrt Nazilieder gesungen und vom Zug zum Stadion trampelte man im Gleichschritt und schmetterte rechte Parolen. Für die Saison 1986/87 sprechen Stasiunterlagen von 960 *"Störhandlungen"* in der DDR, ein Jahr später sind es bereits 1099. Mitte der Achtziger duldeten die Behörden dann das verbale Auftreten von Fanclubs. Auch war man langsam nachsichtiger mit *"westlichen"* Symbolen auf Fahnen und Transparenten. Die Hooliganwelle (Heysel-Stadion-Eklat am 29.5.85 in Brüssel - 39 Tote) und die von der DDR-Propaganda viel bemühten rechtsextremen Ansätze bei Westfanclubs (Borussenfront-Dortmund, Zyklon B.-Herta BSC) benutzten auch Fanclubs hier als Schocknamen und Symboliken, die mit der Zeit natürlich zum Programm wurden. Beispiele dafür sind die *"Sächsische Volksfront"* bei Chemie und die *"Toitonen"* bei Lok (ca. ab 1985). Ein Vorreiter in dieser Szene waren die Fanclubs des BFC. Als Staclub-Anhänger gefördert, real aber alles andere als Fußballanhänger, reisten sie als kämpfende Gruppe durchs Land, auf die sich der ganze Haß der Fußballkids entlud. In Berlin selbst gingen sie nicht mal mehr ins Stadion, sondern verließen die Kneipe erst kurz vor Spielschluß zum Kampf. Bei Auswärtsspielen in Berlin beeindruckte das natürlich und die militanten Fans orientierten sich an den rechten Berliner Gruppen. Der in Verbindung mit Hools und Rechtsradikalen immer wieder gern herangezogene BFC-Hoolchef **Jens-Uwe Vogt** pflegte schon zu seinen Punkerzeiten vor 1983 lose Kontakte zu LeipzigerInnen. Teilweise begleiteten dann auch einzelne Lokfans die Berliner auf ihren Fahrten, des Funs wegen...

Rechtsextremismus in der DDR wird überall mit der Skinszene in Verbindung gebracht. Diese Szene sieht man in Stasiunterlagen sowie DDR-Aufarbeitungsliteratur aus der Punkszene hervorgegangen. Das war in Leipzig nicht ganz so. Eine vermehrte Unterscheidung zwischen Punks und Skins setzte auch hier ca. 83/84 ein. Da in Leipzig die einzelnen Punkcliquen jedoch kulturell und politisch recht aktiv waren, und die Skins davon meist profitierten, versandeten die persönlichen Kontakte

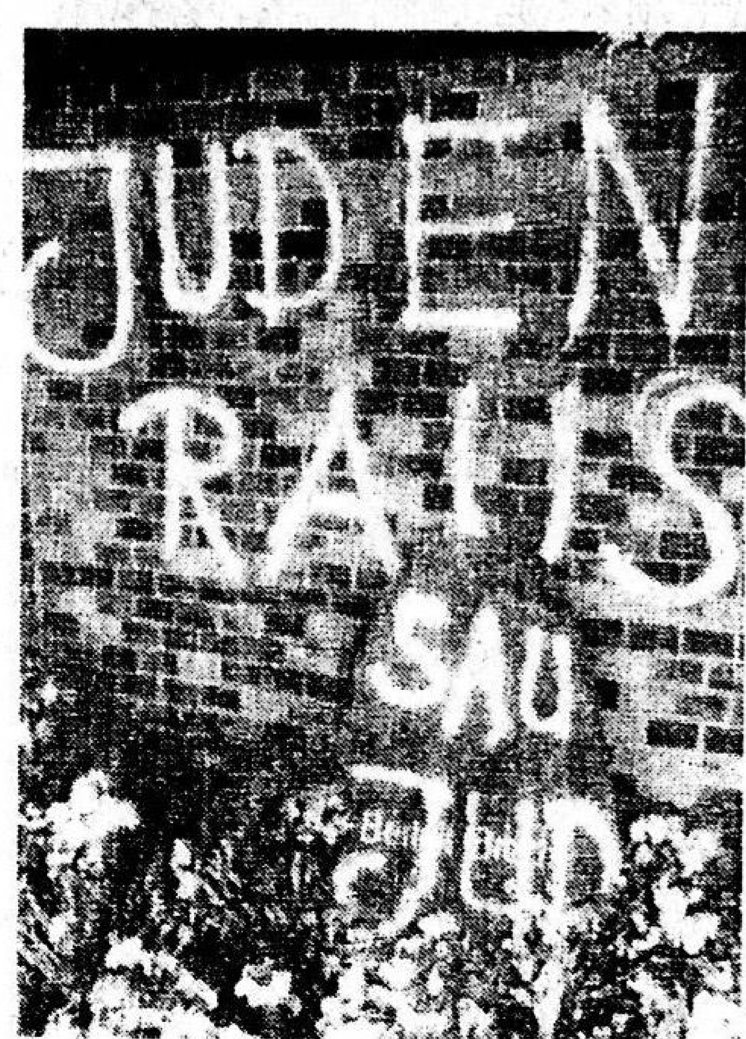


Die Hooligan-Szene war schon zu DDR-Zeiten Auffangbecken und Kontaktpunkt für zahlreiche Rechtsextremisten. Am krassesten galt dies sicher für die Hools des BFC Dynamo.



Die Freie Deutsche Jugend als Bewahrerin des deutschen Kulturgutes im Kampf gegen die amerikanische Kulturbarberei - Pfingsten 1952

Die Reinigung der deutschen Kultur - das Grab von Berthold Brecht und seiner Frau im Mai ´90



nicht und man ging, wenn auch nicht mehr überall gemeinsam, dann doch nebeneinander. Mit dem Überfall rechter Skinheads auf ein Punkkonzert in der Berliner Zionskirche am 17.10.87 kippte die offizielle Stellung der DDR zum Rechtsradikalismus. Plötzlich gab man rechte Exzesse in der DDR zu und dokumentierte eifrig Skinprozesse in den Medien. Innerhalb von vier Monaten zwischen dem 1.10.87 und 20.1.88 wurden 40 Ermittlungsverfahren gegen 108 Skinheads eröffnet. Für 1987 stellte Mielkes Stellvertreter Mittig ein Papier zusammen, in dem er in der DDR von 800 rechtsextremen Aktivisten und 38 rechtsextremen Gruppen sprach. Die VP stellte 1988 eine Liste mit 1.000 erfaßten Rechtsextremen in der DDR zusammen, in der nicht nur Namen und Personenkennzahlen erfaßt waren, sondern konkrete Hinweise auf politische Ausrichtung, Umfeld, militärische Kenntnisse und Ausbildung, sowie bereits begangene Straftaten. Doch so wie die DDR-Offiziellen schon bei der Punkwelle ´79 keinen Plan hatten, wurde nun in ihrer Argumentation jeder Skin ein Neonazi. Skinheads waren ab sofort das Schlimmste, was der Kapitalismus zu bieten hatte. Tausende *"rebellische"* DDR-Jugendliche wurden jetzt zu rechten Modeskins. Wenn Skinheads bisher kaum auffielen, gehörten sie nun mit ihren Bomberjacken, Glatzen und Boots zum öffentlichen Erscheinungsbild in den Städten. Die aktiven rechten Skins trieb die Führung jedoch damit in die Illegalität. Durch den Zwang zum Ablegen der Skinuniformen wurde die ideologische Organisierung der Faschoszene begünstigt. Die antifaschistische und anarchistische Ausrichtung der Leipziger Punk-Szene um die Bands *L'Attentat* und *Schwarzer Kanal* war sicher der Grund dafür, daß Leipzigs Faschoskins nicht aus der Punkecke kamen. Sie wuchsen vielmehr aus dem Fußballumfeld des FCL und diverser Discogangs (z.B. *Samson-Clique* bzw. *Späthe-Bande* im *Eiskeller*/Connewitz). 1988 marschieren Skins durch die Innenstadt Leipzigs und rufen lauthals rechtsradikale Parolen. Auf dem Hauptbahnhof wird ein 17jähriger in Naziuniform aufgeriffen, in einer Nacht wird die Leninstraße streckenweise mit Hakenkreuzen zugeschmiert. Neubausiedlungen (Schönefeld/Grünau/Mockau) waren die Geburtsstätte von Gangs, die (erstmal) modisch auf der Skinheadwelle mitschwammen. In Mockau sahen sich diese Cliquen sicherlich als Gegenpol zur dort etablierten Punk/Alternativszene im Keller des Mockauer Gemeindehauses. Kurz vor der Wende begannen rechte Jugendliche gezielt den Treff und seine BesucherInnen anzugreifen (zwei Brandanschläge). Ein Jahr vor der Wende beziffert die Stasi die Zahl der Leipziger Skinheads auf 88 (an dritter Stelle hinter Berlin/447 und Potsdam/120). Gemeint waren damit aber sicher nur Bomberjackenglatzen... Immer mehr Jugendliche legten sich das Skinimage zu, beherrschten so als Gruppe nun noch mehr die Stammdisco, das Wohnviertel, die Fußballtribünen, den Stammplatz im Park oder auf der Kleinmesse. So bildeten sich Skintreffs in der Disco *Carola-Bar*, in der Tanzbar *Schauspielhaus*, im *EDEN*, im *Eiskeller*, in Grünauer Jugendclubs und in Schönefelder und Mockauer Kneipen. Obwohl die rechtsextremen Erscheinungen durchaus von Gruppen verursacht wurden und lose Kontakte zu anderen Städten bestanden, kann man von einer organisierten und ideologisch klar ausgerichteten rechten Szene um diese Zeit in Leipzig noch nicht sprechen.

Sprechen wir von faschistischen Tendenzen in den letzten Jahren der DDR, dann geht es häufig um Jugendliche zwischen Schulalter und Armeezeit. Um diese eigenartige Tendenz zu verstehen, muß notgedrungen auf das DDR-System als solches eingegangen werden. Wie wuchsen die Menschen in der DDR auf, was lernten sie, welche Entfaltungsmöglichkeiten gab es für sie?

Der DDR-Mensch unterlag in fast allen Lebenslagen Beschneidungen. Seine Existenz, seine berufliche Tätigkeit, sein Leben war von vornherein eingebunden in die gesellschaftlichen Forderungen. Die Gesellschaft kümmerte sich um ihn von der Wiege bis zur Bahre, nach ihrem Gutdünken natürlich. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Literatur, Geschichtsschreibung, Publikationen aller Art unterlagen einer strengen parteilichen Zensur und diese wiederum entsprach den jeweiligen Auffassungen in den Parteileitungsebenen. Die Ideologie der Partei-

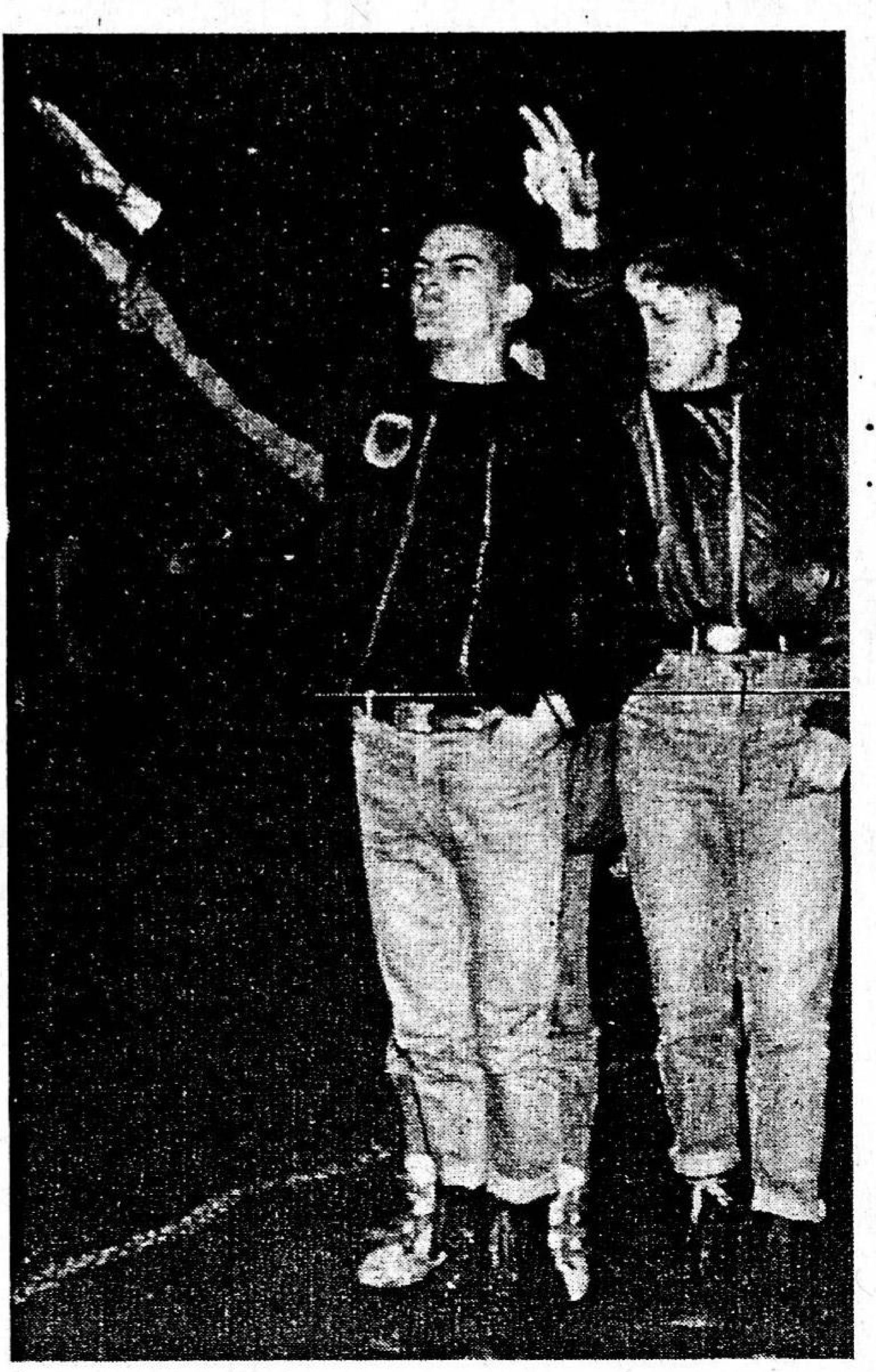
oberen entsprach weder wissenschaftlichen, moralisch-ethischen noch sonst irgendwelchen nachvollziehbaren verbindlichen Richtlinien. Sie war ein Mischmasch aus klassenkämpferischem nationalistischem Sozialrevoluzzertum, Marxismus-Leninismus und einem undifferenziertem Internationalismus, sofern er antikapitalistischer Prägung war. Immer wurde Gewalt als Mittel akzeptiert. Unerwünschte geschichtliche und weltanschauliche Tendenzen wurden totgeschwiegen. Die DDR-Jugend sollte sein wie die Jugend der zwanziger Jahre, uniformiert, diszipliniert, traditionsbewußt mit der Gitarre am Lagerfeuer, sauber, tugendhaft und opferbereit gegenüber dem politischem Feind. In der Schule (Pioniere), in der FDJ, der GST, in der Sportgruppe, bei der NVA - überall galt der uniformierte *"Einzelne"* als Teil des Ganzen. Die Menschen wurden so schon in ihrer Kindheit an militärische Prinzipien gewöhnt und zu funktionierenden BefehlsempfängerInnen erzogen. Die *"AG der jungen Soldaten"* im Schulnachmittag, das Maschieren und Liedersingen beim jährlichen *"Fest des Liedes und des Marsches"*, das *"Geländespiel"* in den Schulferien, das Wehrsportlager der GST usw. führte in einer Linie in die Reihen der NVA, der Zivilverteidigung oder der Kampfgruppen im Betrieb. Großveranstaltungen wie die Sportfeste in Leipzig, diverse FDJ-Pfingsttreffen oder ähnliches, die fast immer in zerstörerischen Chaos-Orgien ausuferten, machten es TeilnehmerInnen und Außenstehenden deutlich, wie verlogen und widersinnig die Propaganda war, aber auch, welches Machtpotential in solchen Massenbewegungen steckt. Nicht selten gehörten militärische Spiele, Übungen oder Lager (z.B. in der Dübner Heide), und das Waffen-und Uniformsammeln zum privaten Freizeitvergnügen von Jugendlichen, natürlich nicht in sozialistischem Sinne.

Auch die Erziehung zum Antifaschismus in der Schule erzeugte oft das Gegenteil des Gewollten. Im Geschichtsunterricht wurden lediglich die regimegenehmen Eckdaten betrachtet. Ein Verständnis für die gesellschaftliche, politische und globale Entwicklung, auch während der Nazi-Zeit, wurde kaum vermittelt. Es *"... fehlten Informationen über das Alltagsleben der Deutschen unter dem Nationalsozialismus, über das Sichanpassen der Bürger an die Diktatur, über die Erfahrungswelt der Wehrmachtsangehörigen. Die von vielen wahrgenommenen Aufstiegschancen in die NS-Eliten sowie wirtschaftliche und technische Leistungen wurden kaum berührt. Die Gestalten der NS-Prominenz verkamen zu Karrikaturen. Die Probleme des Führerkults und der Verführbarkeit der Massen wurden den Schülern weder emotional noch rational nahegebracht." (Sieger der Geschichte, W. Schubert/ Th. Schmidt)* Wurden die weißen Flecken in der Geschichte einmal mit Literatur wie dem Pflichtbuch *"Die Abenteuer des Werner Holt"* oder mit Orginaldokumenten über die NS-Zeit bedient, suchten sich viele SchülerInnen darin meist begeistert die eigene Identität, statt von den Mahnungen etwas wissen zu wollen. Bei Pflicht-Kinobesuchen für Schulklassen von sowjetischen Kriegs- und Befreiungsfilmen von niedrigem Propagandaniveau im Leipziger Kino *Capitol* oder der *Schauburg* kam es immer wieder zu alarmierenden Gemütsausbrüchen, z.B. wenn mitgejubelt wurde, wenn der deutsche Angriff lief, und wenn geklatscht wurde, wenn PartisanInnen erschossen wurden. Im *Capitol* z.B. eskalierte die Atmosphäre mehrmals derart, daß die Vorführungen unterbrochen wurden, oder der Ton abgestellt wurde.

Die Pflege der *"Freundschaft zu den Sowjetunion"* bestand darin, daß die SchülerInnen, Lehrlinge und Arbeitsbrigaden Pflichtbesuche in den Kasernen abhielten, wobei aber kein echter Kontakt zu den Menschen zustande kam. Die Sowjetarmee war fremd im Land und viele Ostdeutsche verstanden sich als die *"Besiegten"*. Der Sowjetsoldat war und blieb bei vielen der heruntergekommene, unzivilisierte Vergewaltiger deutscher Frauen aus den Nachkriegserzählungen älterer Menschen. Friedhöfe von Sowjetsoldaten wurden oft geschändet und



"Korea den Koreanern Deutschland den Deutschen" die sozialistische Jugend 1948



"Deutschland den Deutschen", die realsozialistische Jugend im Frühjahr 1990



Aus dem festen Willen, sich einer Remilitarisierung zu widersetzen, wurde die realpolitische Formulierung "Der Friede muß bewaffnet sein". Das Militär war zu allen größeren Volksfesten, wie dem ND-Pressefest** (Bild unten)**, präsent, nutzte das technische Interesse der Kinder und Jugendlichen, um ihnen Waffen aller Gattungen nahe zu bringen.

sowjetische Ehrenmale verunglimpft. Der monatliche Solidaritätsbeitrag am Zahltag im Betrieb, die Mitgliedschaft in der *Deutsch-Sowjetischen Freundschaft* waren ungeliebte Anpassungsrituale vieler Menschen, die sich in ihren Positionen keinen unangenehmen Ärger aufhalsen wollten.

Über die in der DDR lebenden Juden und deren Geschichte erfuhr die Öffentlichkeit kaum etwas. Der Holocaust der Nazis diente nur als Propagandamittel, als Zahlengröße. Undifferenziert negativ und aggressiv war die Berichterstattung über den Staat Israel, der direkt als faschistisch gebrandmarkt wurde.

Auch das vielgepriesene Menschenbild der *"sozialistischen Persönlichkeit"* war alles andere als erreichbar im Land der begrenzten Möglichkeiten. Die DDR-Gesellschaft war weder human oder solidarisch, noch lebenszugewandt. Individualität war verdächtig, Aufbegehren wurde kompromißlos niedergeschlagen und propagandistisch mißbraucht. Im Gegenteil lernte man schnell, daß durch Lüge, Agressivität und Frechheit eher zum Ziel zu kommen ist. Dieses Prinzip funktionierte im Kleinen wie im Großen. Wie heute bekannt ist, inszenierte die Staatssicherheit selbst rechtsextreme Schandtaten, um damit dem Klassenfeind BRD zu schaden und internationale Entwicklungen damit zu beeinflussen. So schändete die Stasi und der KGB im Winter 1959/60 jüdische Friedhöfe in Städten der BRD, um die BRD in Verruf zu bringen. Noch unter Wolf wurden im November 1974 durch IM's Flugblätter mit der Unterschrift *"Deutsche Volksunion"* im anderen deutschen Staat verteilt. Wenn diese Aktivitäten auch nicht bekannt wurden, erkannten doch viele die Verlogenheit der Führung.

Die in den 80ern vermehrt entstehenden FDJ-Ordnungsgruppen (bei Großveranstaltungen auf dem Messegelände oder der Kongreßhalle eingesetzt), Sportordner (einer Truppe zusammengewürfelter Fußballfreunde, die von einem Trillerpfeifen-bewaffneten Militärekel geführt wurden), freiwillige Polizeihelfergruppen und auch die nun zugelassenen Kraft- und Kampfsportgruppen (z.B. in Grünauer Jugendklubs), die in ihrem Auftreten stark faschistoide Züge annahmen, hatten nichts mehr mit Sozialismus zu tun, standen jedoch bei den Verantwortlichen in der Gunst. Vermehrt versuchte man auch, die *"Problemkinder"* mit der Übertragung von Ordnungshüteraufgaben unter Kontrolle zu bringen. So wurde versucht, organisierte Fußballfans als Sportordner einzusetzen, was letzten Endes nur auf dem Papier geschah, um die Auflagen der Verwaltung zu erfüllen. In Klubs waren die Saalordner oft die gefürchtetsten Schläger. In deren Fahrwasser siedelten sich rechte Jugendliche an, so in der *Tanzbar Schauspielhaus* oder im *Eden*, im Connewitzer *Eiskeller*, später auch im *Flachbau* in Grünau. Wer wegen seiner politischen Einstellung nicht mehr in der Öffentlichkeit zu bändigen war, wurde oft vorzeitig zur NVA eingezogen, die als Charakterschmiede begriffen wurde, in der dann die Aufmüpfigen für die Gesellschaft gezähmt wurden. Wer ins Gefängnis kam, wurde dort in typischer DDR-Selbsterziehungsmanier unterdrückt oder selbst zum Unterdrücker. Faschistische Umgangsformen unter Gefangenen waren an der Tagesordnung und wer da nicht zum Nazi wurde, lernte jedenfalls die "Roten" hassen. Anderen Abweichlern wurde der Ausreiseantrag geneh-



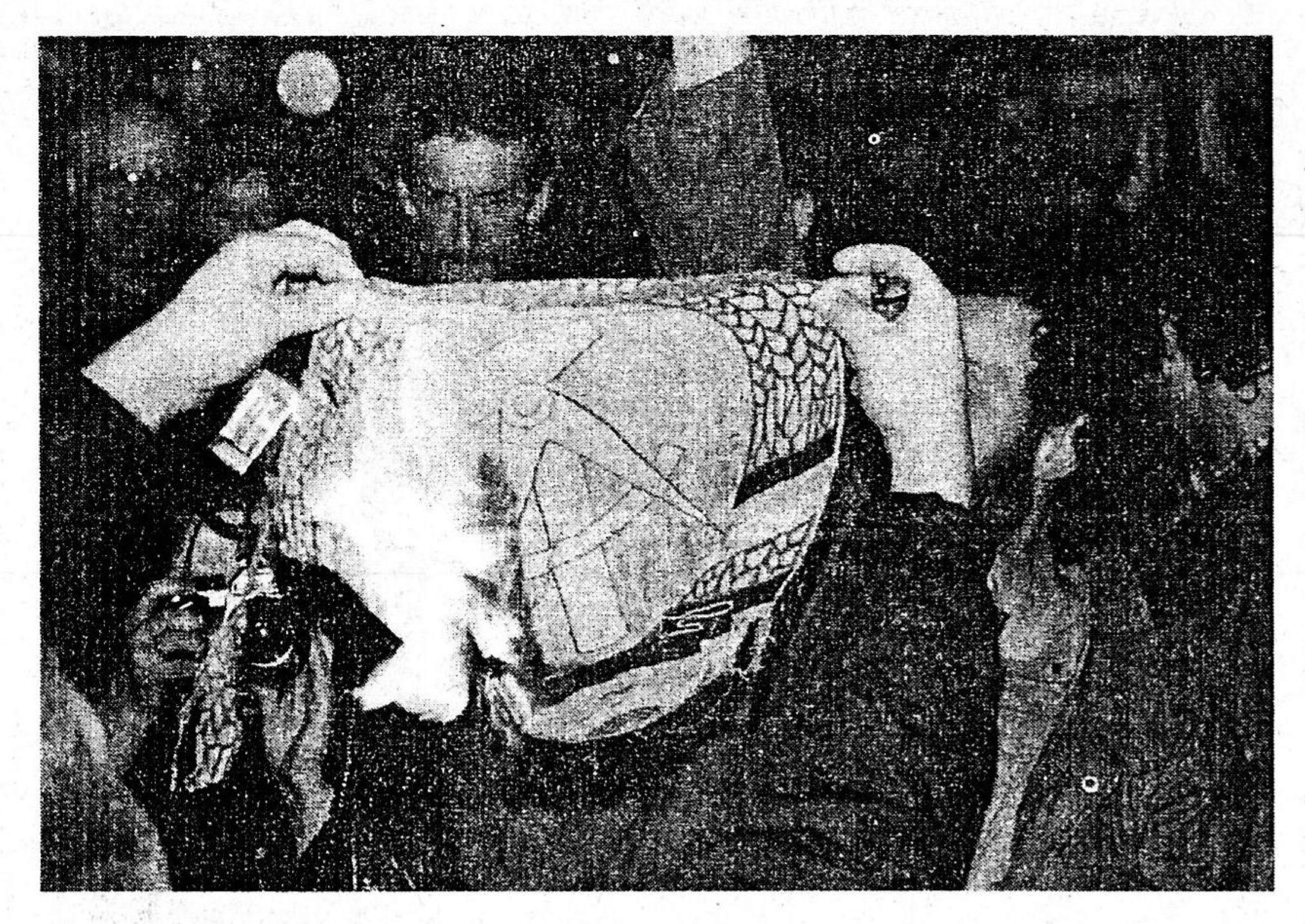
migt und man war sie endlich los. So wie die NVA von vielen Jugendlichen verflucht wurde, war sie für andere eine gefundene Spielwiese für ihre militärischen Interessen. Gerade jüngere Skinheads entschieden sich für eine Laufbahn in bewaffneten Spezialeinheiten, um *"echte Männer"* zu werden. Solche Spezialeinheiten wurden auch des öfteren bei Großveranstaltungen in FDJ-Hemden als Ordner eingesetzt.

Viele der jungen Menschen orientierten sich zunehmend nach Westen. An *"verlängerten"* Wochenenden wie Pfingsten oder Ostern galt Prag als Pilgerort Ostdeutscher, die sich dort austobten und sich mit Westdeutschen trafen. Gerade zu UEFA-Cup-Spielen reisten Hunderte in die offenen Ostblockländer und waren endlich nicht mehr nur *"Ost"*deutsche. Beim Länderspiel der BRD in Prag reisten über 20.000 über die Grenze. 2.000 Menschen fuhren nach Budapest zum Spiel Ungarn-BRD, bei dem es zu schweren Hooliganausschreitungen kam. Die DDR-nahen Orte der CSSR und im Sommer der Balaton waren Begegnungsstätten von immer mehr Ausgereisten und ihren hinterbliebenen Freunden. Auf diesem Weg schwappte der Westen ins Gebiet der DDR. Die Ostseeküste und viele Zeltplätze waren im Sommer ständig Tummelplätze von rechten Jugendlichen, die diese *"neutralen"* Orte ausnutzten, ihre Einstellungen auszuleben. Skinheads, die wegen ihres negativen Erscheinungsbildes keine Ausreisegenehmigungen in die Ostblockländer mehr bekamen, terrorisierten im Sommer die gesamte Ostseeküste.

Die DDR-Ideologie wurde mit der Zeit dermaßen untergraben, daß kaum noch von den eigentlichen Werten des Sozialismus gesprochen wurde, auch nicht offiziell. Die politische Linie basierte bald nur noch auf einer Anti-Haltung gegenüber dem Westen, später sogar gegenüber dem Osten, wo die Reformen von *"Glasnost"* und *"Perestroika"* zu tiefgreifenden Veränderungen führten. Die rechten Skins waren den Oberen gut genug, die Straßen in Berlin sauber zu halten von Punks und *"Gammlern"* und das nicht nur zur 750-Jahr-Feier. Bei Punk- und Hippieveranstaltungen schwebte ständig die Gefahr eines Überfalls von Rechten in der Luft, zumindest aber die Gefahr, auf dem Heimweg in deren Hände zu fallen. Diese *"Sonderverhältnisse"* in Berlin spornten die Jugendlichen der *"Provinz"* natürlich an, besser als die Ostberliner Naziglatzen zu sein, wenigstens aber gleichwertig.

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang hofierte die DDR dann immer mehr dem BRD-Kapitalismus, Verhandlungen wurden auf verschiedesten Ebenen geführt und sich auf die gemeinsame Nation als Deutsche besonnen und diese sogar immer häufiger betont. Diese Tendenzen bemerkten natürlich auch zunehmend Intellektuelle und mittlerweile in unabhängigen Verbindungen existierende Linke, Friedens-, und Menschenrechts-Gruppen. Sie prangerten aus dem Schutz der Kirchenfreiräume oder ihrer gesellschaftlichen Positionen heraus immer mehr die rechten Tendenzen im Lande an. So erregte Konrad Weiß mit einem Artikel in *"Kontext"* über *"Junge Faschisten in der DDR"* Aufsehen, und über die Offene Arbeit der *"Kirche von Unten"* wurde Antifa-Infomaterial publiziert. Einzelne Kirchendiakone versuchten, sich der rechten Jugendlichen anzunehmen, aber da die Kirchenoffiziellen selbst keine Stellung bezogen, hatten es diese wenigen schwer, waren sie doch schon durch staatlich ungeliebte linke Jugendliche und Frie-

Realsozialistischer Führerkult - wen aber haben diese Führer schon wirklich interessiert?



Immer offener zeigte sich Ende ´89 die Ablehnung, auf die der "bessere deutsche Staat" und seine Symbole bei den Menschen stießen.

densgruppen voll ausgelastet. In Potsdam und Berlin versuchte man auch mit Hilfe der FDJ, das Problem des wiederaufkommenden Faschismus an die Öffentlichkeit zu bringen (1.Potsdamer Antifa-Tag im Juli ´89). Aber da war es mit der DDR schon so gut wie vorbei...

Das Ende der DDR

Der 40. Jahrestag der DDR wurde zur Totenfeier eines Systems, das sich sozialistisch, antifaschistisch und humanistisch nannte, das diese Ansprüche jedoch kaum konsequent umgesetzt hat. Der Antifaschismus fußte auf Verboten und machte sich oberflächlich an Symbolen und Begriffen fest. Die DDR-Identität war von Oben aufgesetzt und basierte kaum noch auf eigenen positiven Erfahrungen. Politische Betätigung außerhalb der DDR-Organe endete mit Gefängnis oder Ausreise. Es gab keine basisverbundene *"Linke"*, keine unabhängigen antifaschistischen Gruppen und keine freien Informations- und Bildungsmöglichkeiten. 1989 nutzten Ausreisewillige vermehrt die Möglichkeit, im Rahmen der montäglichen Friedensgebete (ein Betätigungsfeld oppositioneller/reformerischer Gruppen unter dem schützenden Mantel der Nikolai-Kirche) in die Westmedien zu gelangen. Dadurch sahen sich immer mehr Bürger veranlaßt, ihren Unmut über die Zustände in der DDR montags auf die Straße zu tragen.

Das Vakuum, das die DDR-Fahnen hinterließen, wurde schnell wieder aufgefüllt.



Die Montagsdemonstrationen

Die allmontäglichen Demonstrationen boten den Menschen die Möglichkeit, sich erstmals öffentlich zu positionieren und aus ihren Fernsehgrüften hervorzukommen. Nach langer Zeit wieder bzw. erstmals entwickelten viele aus sich heraus (und nicht von Oben befohlen) eine Identität, entdeckten ihre Kraft, politische Prozesse durch ihr eigenes Handeln mitzubestimmen, sich selbst eine Meinung zu bilden, selbstbestimmt zu sein. Diese Identifikation richtete sich fast ausschließlich gegen das DDR-System, das pauschal mit allen *"Linken"* gleichgesetzt wurde. Die Montagsdemonstrationen boten Raum, Gespräche zu führen, Gedanken, Ideen auszutauschen, sich politisch neu zu orientieren. Dankbar wurde alles neue, das sich klar von der alten DDR abgrenzte, aufgesogen und ausgetestet. Die Montagsdemonstrationen waren für die Menschen Treffpunkt, Organisationsbasis und Informationsquelle. Das nutzten vor allem Parteien und politische Gruppen. Viele der DemonstrantInnen nutzten die Gelegenheit, ihren angestauten Frust loszulassen und sich zumindest symbolisch an der SED-Führung (der Stasi, der Polizei) zu rächen. Andererseits versprach die kommende Auseinandersetzung mit der Staatsmacht gerade auch für Jugendliche eine gewisse Portion Abenteuer. Einige Punks und Skinheads, deren Trennung in Rechte und Linke zu dieser Zeit in Leipzig noch nicht klar vollzogen war, benutzten die Aufläufe vor der Nikolaikirche nach dem Sommer ´89 regelmäßig, um Fun zu haben und sich über die jammernden Ausreisewilligen lustig zu machen. Der Ruf *"Wir bleiben hier"* wurde zuerst von Skins als Provo zu den *"Wir wollen raus"*-Slogans der AusreiserInnen gerufen. Am 9. Oktober, als alles auf die bewaffnete Auseinandersetzung wartete, kamen nicht wenige Jugendliche mit Motoradhelmen, und zu Schlagwerkzeugen umfunktionierbaren Gegenständen. Die Rangeleien mit der Polizei wurden hauptsächlich von Jugendlichen geführt, die so etwas ja vom Fußball her zur Genüge kannten. Am Abend des 2. und des 9. Oktober spielten Jugendliche

am Hauptbahnhof Katz und Maus mit der Polizei. Am 9.10. kletterten einzelne Skins auf die abrückenden LO's und provozierten durch die Frontscheiben die Fahrer. Gerade für Jugendliche waren die Demonstrationen ein Raum auszutesten, wie weit sie gehen könnten, was die Staatsmacht sich bieten ließ.

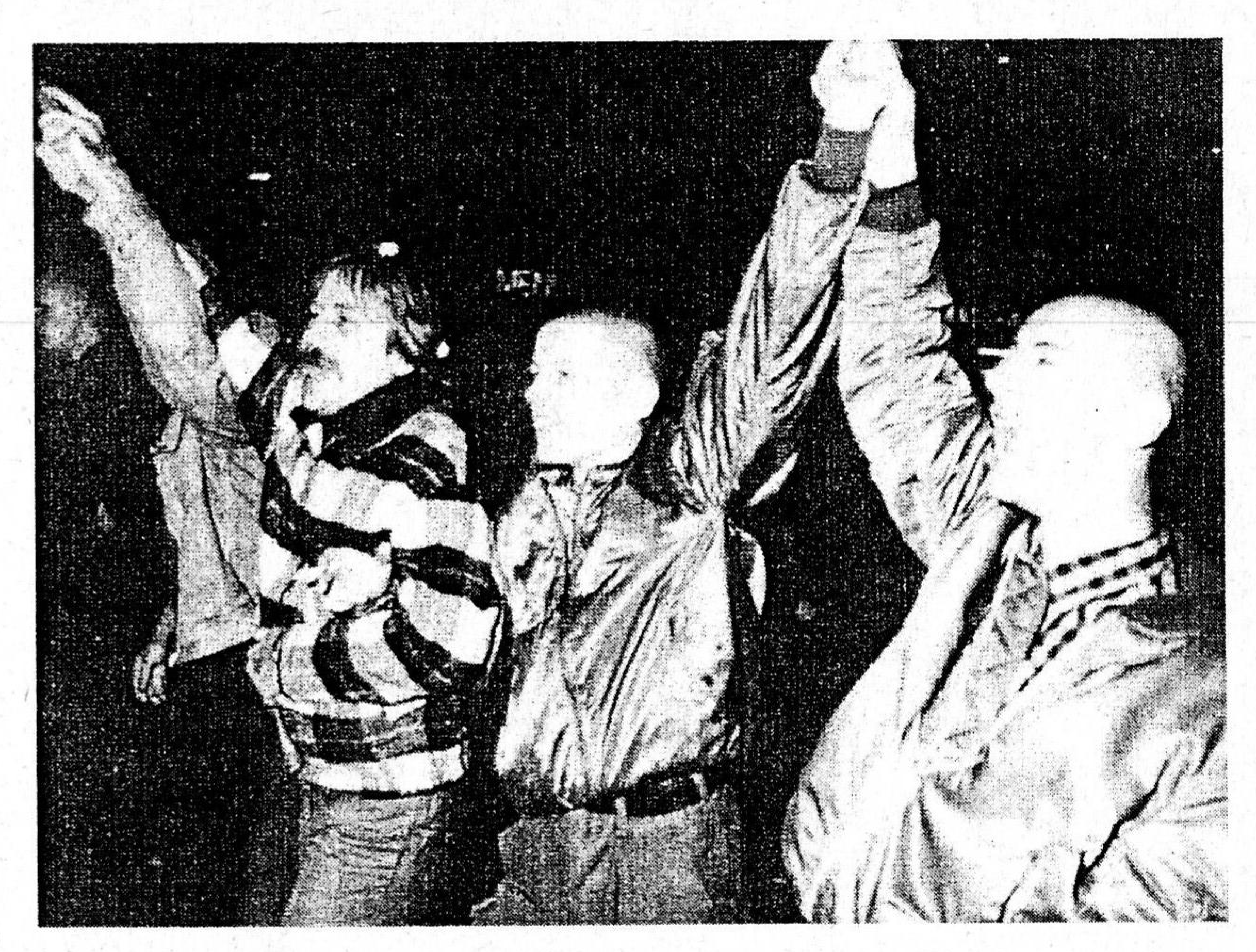
Die Situation in der Stadt im Herbst 89 / Frühjahr 90

Mit der politischen Entmachtung der DDR-Organe verfielen diese in jeder Hinsicht in eine ohnmächtige Starre. Die Polizei war zwar obligatorisch präsent, ließ aber die Finger von jeglichen Aktivitäten, die sie in *"irgendein"* politisches Licht gerückt hätten. Man konnte auf der Straße also tun und lassen, was man wollte, *"Vergehen"* wie Sprühereien bis hin zu Naziaufmärschen wurden wohlwollend übersehen.
Ebenso war es Zeit für die Medien, sich neu zu positionieren. Die LVZ und die anderen DDR-Blätter legten sich ein *"liberales"* Image zu und vermieden es, sich politische Grenzen zu stecken. Die alten Zeiten der Hofberichterstattung waren vorbei und die Neuen noch nicht angebrochen. In der Übergangszeit, immer mit dem Gespenst der Auflösung im Nacken, schrieb man eher gar nichts, als womöglich Fehler zu begehen.
Genauso hatten es die als FDJ-verseucht verrufenen Klub- und Kulturhäuser schwer, ein Kulturleben am Laufen zu halten. Sie hatten den Wessi-Großveranstaltungen kaum etwas entgegenzusetzen. Da die meisten über kein Stammpublikum verfügten, unterließ man es auch tunlichst, politische Standpunkte zu vertreten. Mit dem Fall der SED muß man regelrecht von einem Austausch von Personen in allen politisch verantwortlichen Vertretungen sprechen. Die Wende in den Köpfen und Institutionen sah so aus, daß von den *"Verbliebenen"* keine politische Verantwortung mehr übernommen wurde, und die neuen Leute spontan aus ihrem oberflächlichen Verständnis Entscheidungen trafen.
Es war die Zeit der Parteigründungen, in der eine Unmenge Menschen in rasantem Tempo Karriereleitern erstiegen und in Politiker- und Managerrollen schlüpften, die sie nur aus dem Fernsehen kannten. Überhaupt ist festzustellen, daß sich viele DDR-BürgerInnen eigenartigerweise genau so klischehaft verhielten, wie es die DDR-Propaganda einst gelehrt hatte (Der Wessi liest eben BILD Zeitung, wählt CDU oder SPD, Skinheads sind Nazis, und Kapitalisten skrupellose Ausbeuterschweine). Viele Jugendliche in Leipzig, die gegen die SED/DDR waren, ordneten sich in dieser Zeit automatisch als *antikommunistisch = antilinks = rechts = faschistisch* ein und kleideten sich wie Naziskins, ein Klischee, das die DDR-Propaganda den Kids immer als böse Ausgeburt des Kapitalismus vorgehalten hatte.

Die Antifaschistischen Kräfte

Die SED und die anderen verbal antifaschistischen Organisationen beschränkten sich auf Statements und sahen die auftauchenden faschistoiden Erscheinungen nach wie vor als Import aus dem Westen. Die VertreterInnen der Kirche erkannten neofaschistische Tendenzen zwar, orientierten sich jedoch ausschließlich auf die Vermittlung zwischen Staatsmacht und Opposition, um *"Gewalt"* zu verhindern. Die reformerischen Kirchengruppen legten ihr Hauptaugenmerk auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Obrigkeit. Das Neue Forum erwähnte rechte Erscheinungen nur pro Forma, sicher kamen da viele Impulse von den Berliner Forum-Leuten.
Unabhängige antifaschistische Gruppen versuchten während der Demonstrationen des Herbstes, mit Flugis, Transparenten und vorbereiteten Redebeiträgen Einfluß auf deren Verlauf zu nehmen, was jedoch in der Neuen-Forum-Euphorie unterging. Die zunehmende *"Nationalisierung"* der Demos führte dazu, daß sich diese Gruppen als selbständiger Block klar von der Masse distanzierten und fortan als *"Gegendemo"* dem Zug entgegenliefen. Die spontane Vermischung mit DDR-treuen Jugendlichen, linken StudentInnen und Anti-WiedervereinigerInnen erzeugte bei den anderen DemonstrantInnen den Eindruck, hier würde das *"letzte Aufgebot"* der SED demon-





Der Schritt vom "Wir sind das Volk!" zum "Wir sind das Volk!" fiel vielen Leuten leicht - nicht nur rechten Skinheads





Wann die nächsten Scheiterhaufen mit Büchern brennen würden, schien nurmehr eine Frage der Zeit

strieren. Die Fronten verhärteten sich derart, daß DeutschlandfahnenträgerInnen undifferenziert als Nazis beschimpft wurden, andererseits die GegendemonstrantInnen als Stasikinder. Die Konflikte fürten dann direkt zu tätlichen Auseinandersetzungen, vor allem ausgelöst von rechten Jugendlichen. Die autonomen Antifa-Gruppen aus dem Westen beobachteten das Geschehen auf Leipzigs Straßen nur fassungslos als Außenstehende, da sie sich bislang nur ungenügend mit dem Problem DDR auseinandergesetzt hatten, und ihre Antifa-Methoden hier kaum anwendbar waren.

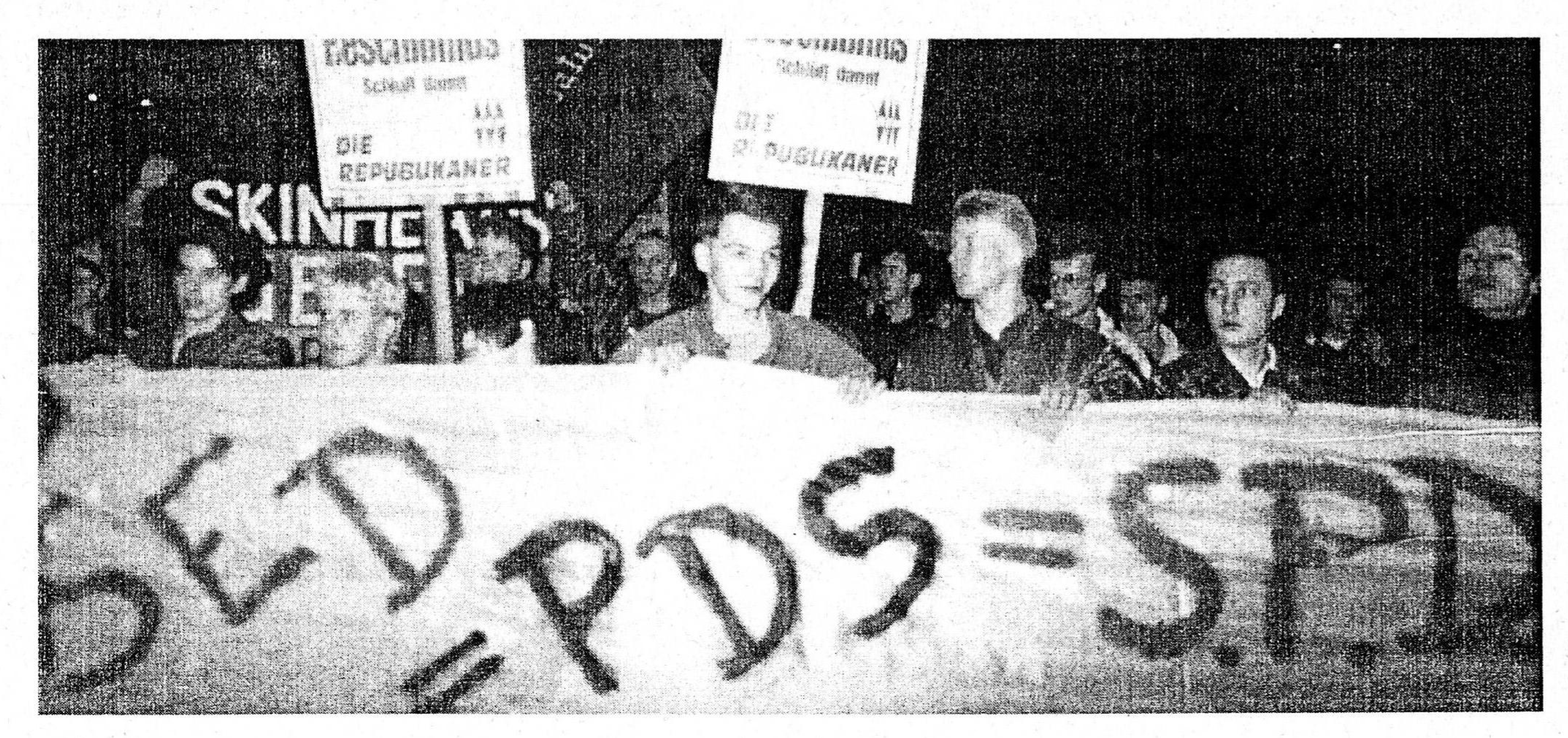
"Anti-DDR = Antikommunistisch = Anti-Links = Rechts = faschistisch" So hatten sie´s gelernt, so benahmen sie sich.

Das Ende der Demonstrationen

Im März 1990 waren die reformerischen und linken Kräfte der Wende endgültig aus der Demo herausgedrängt. Sie verkam zu Aufmärschen der neuentstandenen Parteien, zu niveaulosen Umzügen des BürgerInnenpöbels unter Alkohol, Deutschlandfahnen und dem Stiefelknallen der rechten Jugendlichen. Superintendent Magirius und die neuen Parteisprecher kaschierten die montäglichen Auswüchse immer noch als gewaltfreies reformerisches Aufbegehren des Volkes und negierten das klägliche Ende der am 12.3. endgültig auslaufenden Montagsdemonstrationen. Die politischen Entwicklungen nahmen fortan die Westparteien bzw. ihre Ostableger in die Hand.

Als Fazit muß gesagt werden, daß die reformerischen Ansätze der Oppositionskräfte des Herbstes ´89 gescheitert sind. Der Prozeß 89/90 hatte weder etwas mit einer Revolution zu tun, noch war sie gewaltfrei. Viel mehr muß man davon sprechen, daß sich ein politisches System (die DDR) vollständig selbst auflöste, und die oppositionellen Kräfte (Linke, AntifaschistInnen, ReformerInnen) rigoros aus dem Umbruchsprozeß herausgedrängt und unterdrückt wurden. Ein Ausbruch von Gewalt konnte nicht durch *"Besonnenheit"* vermieden werden, sondern durch die Wendehalspolitik der staatlichen Organe und das Zurückweichen der WiedervereinigungsgegnerInnen und antinationalistischen Gruppen.

Die *"Wende"* in Leipzig und der DDR wurde nach der Maueröffnung und den Wiedervereinigungsversprechungen völlig von westdeutschen antikommunistischen Parteien und Gruppen vereinnahmt und nach ihren Vorstellungen weitergeführt.



Sprengel zum Brandanschlag auf die Schwule Sau und zu den Chaostagen

Dieses Papier richtet sich an Leute aus Hannover, aber auch an Interessierte aus anderen Städten. Die Erzählung vom Ablauf der Chaostage aus unserm Blickwinkel nimmt einigen Raum ein, da sich viele Leute davon bisher kein Bild machen konnten. Gegen Ende bewerten wir die Ereignisse, was Kritik an uns und Anderen mit beinhaltet. Zuerst wollen wir auf den Brandanschlag auf die Schwule Sau eingehen, der nichts mit den Chaostagen zu tun hat, aber zeitlich im Vorfeld verübt wurde.

Brandanschlag auf die Schwule Sau

Am 31.7. wurde in die sich auf dem Sprengelgelände befindende selbstverwaltete, noch besetzte Kneipe Schwule Sau eingebrochen, Alkohol in größeren Mengen geklaut und anschließend Feuer mittels Kerze oder Feuerzeug gelegt. Der Brand wurde zwar relativ schnell von der Feuerwehr gelöscht, durch die heftige Rauch- und Hitzeentwicklung entstand allerdings erheblicher Schaden, der die Schwule Sau an den Rand des Ruins drängte. Einen Tag später stellte sich heraus, daß der Anschlag von mindestens zwei Leuten verübt wurde, die schon seit einiger Zeit auf dem Sprengelgelände wohnten. Von dort gingen Einbruch und Brandstiftung aus und dorthin wurde die Beute gebracht und mit mehreren verzecht. Darunter befanden sich mehrere Punks von außerhalb, die bereits wegen der Chaostage angereist waren. Ob sie wußten, was eigentlich passiert war und woher der Alk stammte, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß es schon einige Wochen vorher von einigen Leuten aus dieser Szene schwulenfeinliche Sprüche gegen Schwule aus der Sprengel- Kofferfabrik gab. Tatsache ist , daß mehrere Leute wissen mußten, wer unmittelbar an der Aktion beteiligt war, da der Alk in einen offenen Bereich gebracht und anschließend getrunken wurde. Diese Leute schweigen großteils, decken damit die Täter und brachten vereinzelt durch schwulenfeindliche Sprüche nach der Brandstiftung ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Schwule Sau vor dem Ruin steht. Tatsache ist auch, daß bei zwei Leuten ihre Tatbeteiligung sicher feststeht. Beide flogen vom Gelände und werden sich hier auch in Zukunft nicht mehr blicken lassen können. Auch andere Szeneläden beschlossen beide Typen nicht mehr reinzulassen. Für die Schwule Sau gab es diverse Soliparties. Mindestens einer der beiden rennt noch phasenweise in der Nordstadt herum, ohne das sich alte Freunde von ihm distanzieren. Bei ihnen scheint die Schleim- und Seiertour Erfolg zu haben (" würd´ ich niemals tun", "es hat wegen ner umfallenden Kerze gebrannt", "alle waren tierisch besoffen"...) oder sie stellen sich offenbar hinter die schwulenfeindliche Aktion. Zusätzlich ist es zum Kotzen, daß wir nicht in der Lage sind, dafür zu sorgen, daß diese beiden Leute ganz aus unserem Wohnviertel verschwinden, solange sie noch Rückhalt genießen. Wenn es Leute mit ihrer Aussage, die Aktion gegen die Schwule Sau Scheiße zu finden, ernst meinen, sollten sie überdenken, ob es dann angebracht ist mit den Tätern weiterhin einträchtig Bier zu trinken.

Unbestritten ist aber, daß wir mitverantwortlich sind, wenn schwulenfeindliche und sexistische Strukturen auf unserem Gelände und im Haus entstehen und sich austoben können. Dagegen vorzugehen bleibt auch zuvorderst unsere Verantwortung, die wir künftig genauer und eher wahrnehmen müssen.

Die Aktion gegen die Schwule Sau hat nichts mit den Chaostagen zu tun. Viele angereiste, aber auch hannoversche Punks, die von dem Anschlag hörten, distanzierten sich davon aufs Schärfste. Allerdings vermuten wir, daß die Täter, Mitwisser und Mitzecher davon träumten, durch die anstehenden Chaostage Rückhalt zu gewinnen, dabei aber übersahen, daß nur wenige Punks genauso Scheiße drauf sind wie sie selbst. Genauso unrealistisch war die Hoffnung einzelner Leute aus der gleichen Szene, sie würden während der Chaostage mit Hilfe auswärtiger Punks gegen einige Autonome vom Sprengel oder das UJZ Kornstraße vorgehen können.

Chaostage

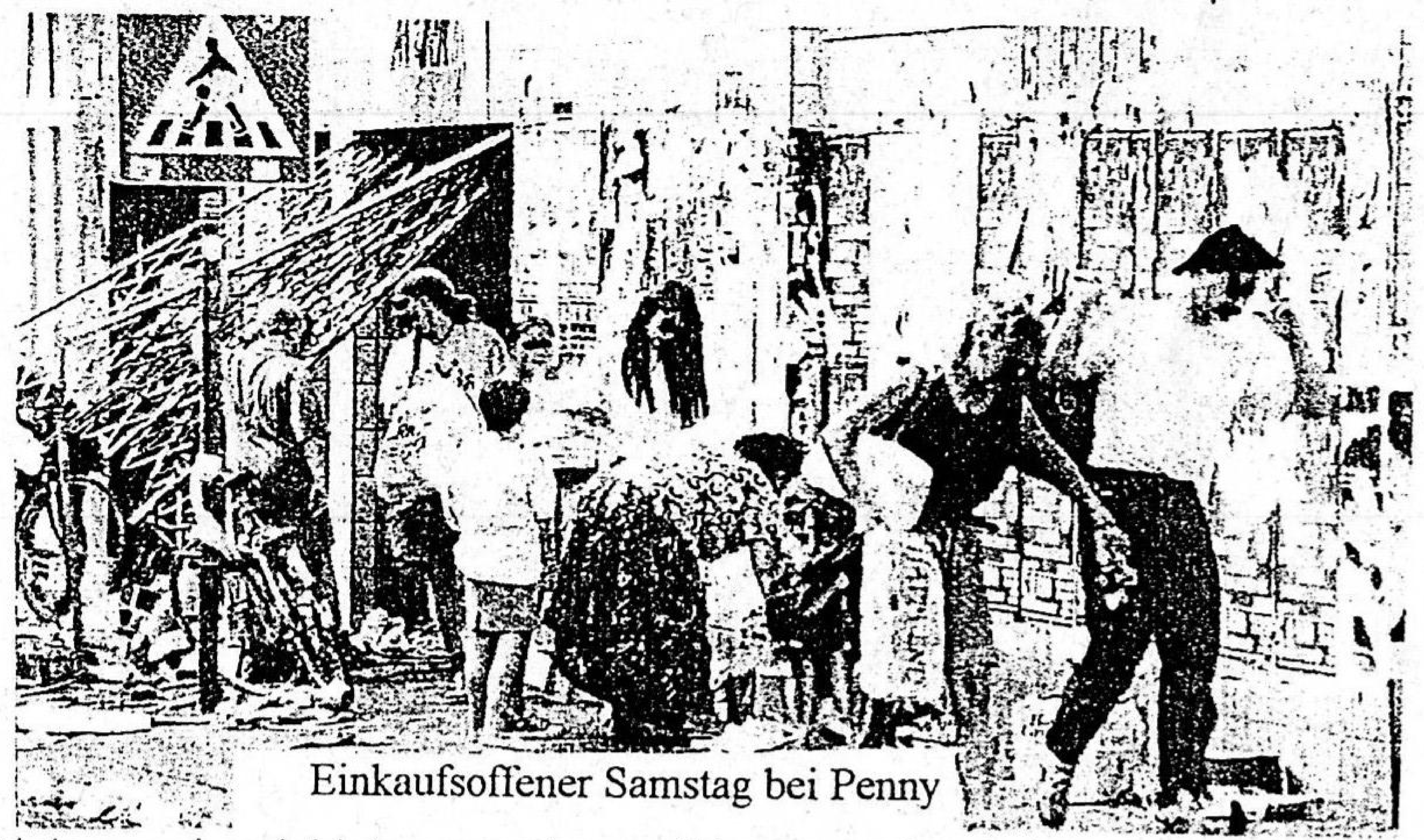
Schon vor dem geplanten Auftakt am Freitag 04.08, waren viele Punks in der Stadt. Von Anfang an war das Ziel der Bullen, die City "sauber" zu halten. So wurden anreisende Punks aus der Innenstadt entweder direkt "in Gewahrsam" genommen, d.h. eingeknastet wegen bunter Haare, oder direkt in die Nordstadt und dort ausdrücklich zum Sprengel getrieben. Dem sauberen Innenstadt -Image, der großen Geschäftswelt mit ihrem verkaufsoffenen Samstag und dem Schickimicki-Maschseefest sollte kein Schaden zugefügt werden. Das setzten die Bullen weitestgehend durch. Aber sie verkalkulierten sich trotzdem gründlich.



Schaufelderstraße

Als am Donnerstag Punks aus der City in den Welfengarten und an die Lutherkirche (Nordstadt) getrieben

wurden, ließen die Bullen die Situation anschließend eskalieren. Aus nichtigem Anlaß starteten sie einen massiven Knüppeleinsatz an der Lutherkirche, woraufhin die ersten Flaschen flogen. Die


Einkaufsoffener Samstag bei Penny

Leute flüchteten und errichteten spontan zwei Barrikaden auf der Schaufelderstraße Höhe Sprengelgelände als Schutz vor weiteren Bullenübergriffen. Unser Hof wurde ebenfalls von zwei Seiten verbarrikadiert. Als die Bullen angriffen, wurden sie erfolgreich mit Steinen und Flaschen von zumeist unvermummten Punks vertrieben. Die Barrikaden auf der Straße wurden anschließend angezündet, was zwar auch einen gewissen Schutz gegen anrückende Hundertschaften darstellte, aber aufgrund der Nähe zu Wohnhäusern unverantwortlich war, was uns zu spät deutlich wurde. Nach dem Rückzug der Bullen blieb es ruhig. Freitag vormittag machten Leute von uns die Barrikaden für Fußgänger passierbar und räumten Kram weg, der direkt an Wohnhäusern stand. Alles schien sich zu entspannen, bis die Bullen verlautbaren ließen, daß sie die Barrikaden nicht dulden würden und gegen Mittag anrückten. Logische Reaktion: Alle Punks liefen zurück zu den Barrikaden. Der folgende Bullenangriff mit Räumpanzern und Wasserwerfern wurde erneut von circa 250 Leuten abgewehrt. Ein zweiter nachfolgender Angriff führte zu vielen verletzten Punks, darunter mehrere Schwerverletzte. Eine zwischen Müllcontainer und Räumpanzer eingeklemmte Frau schwebte kurzzeitig in Lebensgefahr. Die Bullen stürmten Hof und Bauwagenplatz und nahmen viele - auch Unbeteiligte - fest. Beim Sturm auf den Hof warf ein Bullentrupp gezielt mit Steinen. Später versuchte die Bullenführung diesen durch TV-Aufnahmen nicht zu leugnenden Sachverhalt als "Rückzugsmanöver", "Notwehr" und "Würfe vor die Füße der Punks " umzulügen. Die meisten Leute konnten sich in der Sprengel- Kofferfabik in Sicherheit bringen. In der von uns eingerichteten Sanitätsstation wurden alleine nach diesem Überfall 40 Verletzte behandelt. Gegen 20.30 Uhr wurden die zwei ex- besetzen Häuser in der Heisenstaße mit Räumpanzern und Wasserwerfern - nicht zum letzten Mal! - angegriffen. Die Häuser wurden militant verteidigt. Circa 300-400 Punks aus dem Georgengarten kamen den bedrängten Leuten zur Hilfe und griffen die Einheiten an, die die Räumung der Heisenstraße absichern sollten. Diese Nacht verloren die Bullen erneut die Kontrolle, überall krachte und schepperte es. Auch viele NordstädterInnen standen auf der Straße und machten ihrem Unmut über die Bullen verbal Luft. Vereinzelt flogen auch Flaschen. Was selbstverständlich nicht heißt, und wir bedauern das sehr, daß alle NordstädterInnen gemeinsam einen Frontabschnitt im internationalen Klassenkampf gegen die Staatsmacht gebildet hätten (ähem).
Verstärkung für die bedrängten Beamten kam nur zögerlich, da die Kollegen zu dem Zeitpunkt ganz unbedingt entweder "Essen fassen", dringend "Raumschutz" in der leeren City fahren oder Festnahmen absichern mußten. Schließlich zogen die Bullen ohne Häuserräumung und ohne "Gesetz und Ordnung" hergestellt zu haben komplett ab.
Am frühen Samstag morgen wurde Penny aufgebrochen und geplündert. Im Laufe des Tages bedienten sich alle möglichen Leute, auch sehr viele NordstädterInnen, im Penny und besserten dadurch ihre meist schmale Haushaltskasse auf. Es war wirklich verkaufsoffener Samstag. Auf der Schaufelderstraße entwickelte sich eine Party mit improvisiertem Auftritt einer Punkband, Freibier und gutgelaunten und tanzenden Menschen. Durch den Abzug der Bullen existierte keine aggressive Stimmung mehr. Nach Verhandlungen mit der Einsatzleitung verschloß ein Trupp Bullen den leeren Markt am Abend.
Samstags tagsüber lief parallel das circa 2 km entfernte alternative Lindener "Fährmannsfest". Leider wurde durch das Stürmen eines Bierstandes das Fest abgebrochen. Die auf Revanche sinnenden Bullen veranstalteten eine großangelegte Knüppel- Treibjagd. In der Nahe des Festes kam es wieder zu kleineren Straßenschlachten. Alles haarklein aufzulisten erscheint uns überflüssig.
Samstagnacht griffen die Bullen jedenfalls erneut Sprengel an, stürmten den Hof und überlegten, ob sie auch das Haus stürmen und räumen sollten. Die Gefahr von (wahrscheinlich kurzzeitiger) Räumung lag für uns die ganzen Tage in der Luft. Die Entscheidung wurde den Beamten in diesem Moment von Punks abgenommen, die in verschiedenen Straßen der Nordstadt, aber auch an anderen Punkten der Stadt dafür sorgten, daß Polizeikräfte dringend woanders benötigt wurden. In der gleichen Nacht wurde erneut ein Mensch lebensgefährlich von Bullen verletzt. Sonntag fand dann eine Party mit Musik und "Wasserschlacht" von allen möglichen Leuten statt. Viele Punks waren in der Stadt verstreut, saßen im Knast oder befanden sich (z.T. zwangsweise) auf der Rückfahrt.

Die Bullen und die "hohe Politik"

Wie schon geschrieben, hieß das oberste Gebot der Bullen "saubere Innenstadt". Treffen in der City wurden bis auf kleinere Ausnahmen nicht geduldet. Dafür mußte weder eine "Straftat" oder "Ordnungswidrigkeit " vorliegen. Dies galt verschärft ab Donnerstag, dem Tag der ersten Straßenschlacht, als behelmte Bullen am Hauptbahnhof einen massiven Knüppeleinsatz wegen Nichtigkeiten durchführten. Nach den Randalen am Donnerstag und Freitag gerieten die Bullen vollends ins Routieren. Einerseits hatten sie zeitweilig die Kontrolle verloren und forderten nun aus ihrer Sicht verspätet Verstärkung aus anderen Bundesländern an. So kamen 3000 Cops (laut FAZ) zum Einsatz. Andererseits sah die Führung die Notwendigkeit, ab sofort möglichst alle Chaostage - BesucherInnen von der Nordstadt fernzuhalten, anstatt sie, wie bislang, hineinzutreiben. Dazu wurden überall größere Straßenposten aufgestellt, die circa zwei Tage lang allen Menschen den Eintritt in die Nordstadt oder eine einzelne Straße verwehrten , die nicht in der Nordstadt oder der entsprechenden Straße gemeldet waren. Eine "korrekte" Meldeadresse war aber lange keine



Titelblatt NP 07.08

Garantie zum Passieren. Sogar "normal" aussehenden Leuten wurde der Durchgang verwehrt, sie wurden z.T. verprügelt oder grundlos festgenommen. Deshalb und wegen des martialischen und brutalen Auftretens der Bullen reagierten viele NordstädterInnen mit Ablehnung auf den Belagerungszustand.
Nach Ende der Chaostage entbrannte im Staatsapperat ein erbitterter Streit. Innenminister Kanther, Polizeigewerkschaft und CDU warfen der Bullenführung um Sander und Einsatzleiter Wiedemann und Nds-Innenminister Glogowski (SPD) vor, sie hätten die Situation völlig unterschätzt, Einsatzfehler begangen und eine "Deeskalationsstrategie" gefahren, anstatt "hart durchzugreifen". Das Hamburger Abendblatt brachte diese Kritik von rechts auf den Punkt, indem es pseudoempört schrieb, die Polizeibeamten seien alleingelassen worden, - "alleingelassen von einer politischen Führung, die den Begriff Deeskalation wunderbar, den Begriff Landfriedendsbruch lächerlich und den Begriff staatliches Gewaltmonopol verdächtig findet. "
Ende August trat Bullenpräsident Sander, unter dessen Führung das repressive Klima in der Stadt schon verschärft wurde, nach heftigen Debatten zurück. Sein Nachfolger H. D. Klosa, ehemals Chef der Landesbereitschaftsbullerei, machte zur Bedingung für sein Amt, daß auch Einsatzleiter Wiedemann gehen müsse. Das geschah bisher noch nicht. Von Klosa und Kameraden ist eine weitere Steigerung des repessiven Vorgehens der Bullen in Hannover , zum Beispiel auf Demos, zu erwarten.
Eine andere Diskussion unter den Herrschenden drehte sich um eine angestrebte Gesetzesänderung über die Dauer von Festnahmen. Sicher wird es zu einer Einigung mit der stramm auf Rechtskurs befindlichen und in Nds regierenden SPD kommen. Schließlich ist es die SPD, die mit ihren totalitären Vorstößen auf Bundesebene seit 1993/94 zum Thema "Innere Sicherheit" wesentliche Grundrechte abschaffen will und damit sogar die CDU überflügelt. Letztendlich bleibt der Unterschied nur graduell: Sigmar Gabriel, SPD Landtagsfraktion, will den "Unterbindungsgewahrsam" von heute max. 48 Stunden auf 4 Tage aufstocken. Die Gewerkschaft der Polizei favorisiert 10 Tage und die CDU- Landtagsfraktion träumt von 14 Tagen nach bayrischem Vorbild. "Unterbindungsgewahrsam" heißt in der Praxis, daß Bullen - ohne das irgendeine Straftat vorliegen muß - Leute nach Gutdünken in Gewahrsam nehmen können, bis sie freigelassen oder dem Haftrichter vorgeführt werden.
Zurück zur angeblichen Deeskalationsstrategie. Die sah so aus: 1000 - 1250 "in Gewahrsam Genommene" ("Tat"- vorwurf: ihr Aussehen), circa 250 - 400 Festgenommene (die HAZ summiert beide Varianten auf insgesamt 1500 festgenommene Leute) und schätzungsweise 300 - 500 Verletzte, darunter circa 40 Schwerverletzte. Alleine unsere Erstehilfestation auf Sprengel versorgte 150 Verletzte. Davon viele Leute, die mit schweren Kopfverletzungen durch Polizeisteine und -Knüppel herbeigetragen wurden. Soweit zur "Deeskalation".
Die Staatsanwaltschaft unter N. Borchers verlautbarte, sie werde prüfen, ob sie wegen "versuchten Totschlags" aufgrund von Steinwürfen Anklage erheben wird. Von Bullen und Justiz ist eine Repressionswelle zu befürchten, da es um Rache, Abschreckung und eine Verhinderung einer Neuauflage der Chaostage geht. Erfahrungen haben gezeigt, daß besonders junge Leute mit z.T. illegalen Methoden unter Druck gesetzt werden, damit sie Informationen preisgeben. An dieser Stelle an alle Betroffenen: Macht von eurem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch! Informiert euch über euere Rechte und redet mit FreundInnen, AnwältInnen und dem Ermittlungsausschuß über die gegen euch gemachten Vorwürfe.
Mittlerweile hat es fünf Verhandlungen gegen die inhaftierten Punx aus verschiedenen europäischen Ländern gegeben. Alle mußten bis zu Ihrer Verhandlung in U-Haft bleiben, konnten aber bis auf eine Ausnahme anschließend nach Hause fahren. Am 25.8. wurde Michael aus der Schweiz von der Jugendkammer des Amtsgerichts wegen einfachen Landfriedensbruchs zu drei Wochen Jugendarrest verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt hatte er jedoch schon genau drei Wochen in U-Haft verbracht, womit die Strafe abgegolten war.
Der polnische Punk Darek wurde am 6.9. ebenfalls vom Jugendgericht zu vier Wochen Jugendarrest wegen Widerstands verurteilt. Daß er schon die fünfte Woche in U-Haft saß, interessierte den Richter herzlich wenig. Die einzige "Entschädigung" für die überlange U-Haftzeit war die Bereitstellung eines Bahntickets bis Frankfurt/Oder von der Sozialstation des Knasts.
Das, was die bürgerlichen Medien am 13. September als ersten Chaos-Tage-Prozeß darstellten, war schon der dritte. Könnte es daran liegen, daß die ersten beiden Prozesse nicht die Verurteilungsgeilheit der Presse-HetzerInnen befriedigten und hier jetzt das erste "richtige" Urteil zu erwarten war?
Angeklagt war ein englischer Punk wegen schweren Landfriedensbruchs und versuchter schwerer Körperverletzung. Er wurde vom Amtsgericht zu sechs Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Das entspricht der

Mindeststrafe, die das Strafgesetzbuch dafür vorsieht.
Am 25.9. verurteilte das Schöffengericht Hannover einen 31-jährigen (Punk?) aus Bayern, aufgrund derselben Vorwürfe, zu einem Jahr Haft ohne Bewährung. In der Urteilsbegründung entblödete sich das Gericht nicht, zu behaupten, daß für ihn ein Jahr in der Vollzugsanstalt doch besser sei, als ein Jahr weiterhin dem Suff und dem Lotterleben auf der Straße zu frönen.
Der vorläufig letzte Prozeß fand am 27.9. wiederum vor dem Amtsgericht statt. David aus Frankreich war des schweren Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung angeklagt. Im ersten Punkt wurde er freigesprochen, da die



Presseverdrehung von Tatsachen

Grundvoraussetzung für einen Landfriedensbruch eine gemeinschaftlich handelnde Menschenmenge über 15 Personen - was bei David nicht der Fall war - ist. Die Richterin verurteilte ihn schließlich zu vier Monaten und zwei Wochen, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung, da sie den widersprüchlichen Aussagen der drei BullenzeugInnen, er hätte einen Stein auf sie geworfen, Glauben schenkte. Außerdem hatte er bereits zu Beginn der Verhandlung zugegeben, "seine" Zelle demoliert zu haben.
Alle bisher angeklagten Punx haben nicht nur weitreichende Aussagen, sondern zumindest in eine Fall auch umfassende Geständnisse abgelegt. Dieses Verhalten ist für uns schwer nachvollziehbar, zumal sich die Anklage in allen Fällen ausschließlich auf die durchaus widersprüchlichen Aussagen von jeweils höchstens drei BullenzeugInnen stützten und somit eine Verurteilung in Einzelfällen vermeidbar gewesen wären. Es ist uns klar, daß das einzige Ziel für die wochenlang Inhaftierten war, so schnell wie möglich raus und damit nach hause zu kommen. Das selbst diese Überlegung nicht aufgeht, hat der Prozeß gegen den bayerischen Punk(?) gezeigt.
Deshalb hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Anna und Arthur halten's Maul! Keine Aussage bei Bullen und Justiz!

Derzeit sitzen nach unseren Infos noch zwei Punx in U-Haft; die Prozeßtermine sind uns jedoch noch nicht bekannt. Damit ist aber noch lange kein Ende in Sicht, da laut bürgerlicher Presse derzeit noch mindestens 130 Ermittlungsverfahren laufen.

Die Medien

Alle Medienäußerungen auf einen Nenner zu bringen , wäre Verplättung, sie einzeln herauszustellen zu langatmig. Darum nun hier auszugsweise einige sich öfter wiederholende Phrasen:

- Punks und andere Gewalttäter hätten die Auseinandersetzung systematisch gesucht und mit "großer Brutalität" herbeigeführt. Kaum ein Wort dazu, daß es ohne das Vorgehen der Bullen die Auseinandersetzung auf der Straße nie in dem Maße gegeben hätte.
- Der arme einzelne Polizeibeamte sei schuldlos einem gewalttätigen Mob ausgeliefert gewesen und von einer unfähigen Führung "verheizt" worden. Ungenannt blieb, daß es keinen Zwang für eine Laufbahn bei den Bullen gibt und viele Bullen offenbar eine gewisse Genugtuung dabei empfanden, gefesselte Leute mit dem Gesicht nach unten in einen Scherbenhaufen zu legen, um hinterher besser in die Nieren treten zu können.
- Liberale Medien behaupten tendenziell, es habe eine gewalttätige Minderheit und eine friedliche Mehrheit gegeben, die künftig voneinander getrennt werden müßten, um "Gewalttäter" zu isolieren. Einige Medienstimmen geben den "Gewalttätern" den Namen Autonome. Zum einen waren eher wenige Autonome auf den Straßen aktiv, zum anderen waren einfach sehr sehr viele Leute an den Krawallen beteiligt, so daß nicht von einer Minderheit gesprochen werden kann. Richtig ist allerdings, daß viele mit der Vorstellung angereist waren, eine geile Party zu feiern, aufgrund der Bullenangriffe dann aber Steine schmissen.
- Vorwiegend hannoversche Zeitungen beklagen einen hohen Imageverlust für die niedersächsische Landeshauptstadt insbesondere in Hinblick auf die Weltausstellung EXPO 2000. Wir begrüßen diesen Imageverlust.
- Das Interesse hannoverscher Medien an uns bestand hauptsächlich darin, eine Distanzierung von den Chaostage und den Krawallen zu hören. Wir betonten, daß wir die Auseinandersetzungen in erster Linie als Akt der Selbstverteidigung von Punks sehen. Daraufhin gehörten wir auch wieder zu den Bösen (HAZ).

Nach den Chaostagen ging der Medienrummel unvermindert weiter. Wegen langjähriger schlechter Erfahrungen und allgemeiner Ermattung sagten wir alle Anfragen bis auf zwei ab und verwiesen auf unsere Presseerklärung. Die eine Ausnahme - "Kontraste" - unterschlug unseren Beitrag glatt. Die andere, "DAS!" vom NDR verweigerte eine gemeinsame schriftliche Erklärung von Heisenstraße und Sprengel. Manches, was dann dort gesagt wurde , traf nicht gerade einen Konsens. Die Sprengel- Presseerklärung dokumentieren wir hier:

Zunächst, was vielen von uns von vornherein klar war: Die Polizeiführung entlarvte sich als dreiste Lügenbande. Die angekündigt Deeskalations- Strategie entpuppte sich schon vor Beginn der eigentlichen Chaostage als Eskalationstreiberei, die zu jenem Belagerungszustand in der Nordstadt führte, in dessen Folge viele NordstädterInnen materiell und psychisch zu leiden hatten.
Wir haben die Chaostage weder angezettelt, noch haben wir gewollt, daß sie in Wohnvierteln ablaufen. Chaostage mit über 1000 Punks gab es schon 1983 und 84 in Hannover, als Sprengel noch gar nicht besetzt war und wird es - auch ohne uns- weiterhin geben. Wie auch schon im letzten Jahr, trieb die Polizei die Punks, die in der Innenstadt ihr Fest feiern wollten, in die Nordstadt, speziell zum Sprengel.
Aus der Erfahrung des letzten Jahres, als wir unsere Tür zu spät öffneten und deshalb flüchtende Menschen auf unserem Hof brutalst zusammengeschlagen werden konnten, haben wir dieses Jahr die Konsequenz gezogen.
Die Tür stand von der Polizei gejagten Punks offen und im Haus war eine Erste-Hilfe- Station eingerichtet. Denn unsere Solidarität gilt jenen, die von diesem Staat verfolgt werden. Und das waren an dem letzten Wochenende die Punks.
Sprengel- Plenum 8.8.95

Kritik - Selbstkritik

Wie schon letztes Jahr waren wir nicht diejenigen, die bestimmten, was auf unserem Gelände passiert. Das ist beschissen, aber auch angesichts des Ansturms an Leuten für uns alleine schwer zu ändern. Die Erfahrungen von 94 veranlassten uns dieses Jahr dazu, unsere Tür offen zu halten, damit Leute im Haus notfalls Schutz finden und nicht auf unserem Hof zusammengeschlagen

werden. Viele Punks meinten zu den Barrikadenkämpfen auf der Schaufelderstraße, sie würden das Sprengelgelände verteidigen. In erster Linie verteidigten sich die Punks aber selbst, allerdings auf unserem Gelände , denn Sprengel und Heisenstraße waren so ziemlich die einzigen sicheren Aufenthaltsorte für sie. Wir selbst sind nicht räumungsbedroht - auch wenn die CDU wieder nach Räumung schrie - und haben die Chaostage weder angezettelt noch in der Nordstadt gewollt (sondern in der City). Für uns eine unangenehme Situation. Das Ergebnis bei uns ist ein weiteres Argument gegen die Chaostage im Stadtteil: Nach fast zwei Wochen Chaostage mit Anlauf- und Auslaufphase hatten alle von uns mindestens angekratzte Nerven oder waren völlig am Ende. Ohne Hilfe von außen hätten wir ein Tag- und Nacht überfülltes Haus, Nervereien und Bullenstress überhaupt nicht bewältigen können. Am Gelände und Haus sind außerdem Schäden entstanden. Das die Nachbarschaft ebenfalls völlig abgenervt ist, können wir gut nachvollziehen. Besonders die Gefahr eines brennenden Wohnhauses fanden wir katastrophal. Dazu kamen andere Scheißaktionen. Wir hatten nicht den Eindruck, daß sich alle BesucherInnen im Stadtteil und auf Sprengel verhalten, wie wir es korrekt gefunden hätten. Die Mehrzahl der Leute war o.k., aber Rumprollereien , Mackersprüche und Dullaktionen waren leider Teil des Ganzen. Dagegen vorzugehen muß Teil unserer Verantwortung für das nächste Mal sein.
Positiv fanden wir, daß in der für uns und anderen prekären Lage viele Leute, die sich sonst mißtrauisch bis feindlich gegenüberstehen, zusammenrückten. Die Trennung Punks - Autonome wurde zumindest zeitweilig aufgelockert, es kam zu Gesprächen, die es sonst nie gab. Fanden wir gut. Auch die Projekte Heisenstraße und Sprengel, die bislang wenig miteinander zu tun hatten, koordinierten ein Stück weit gemeinsames Vorgehen.
Im Laufe der Chaostage änderte sich die Zusammensetzung der an den Krawallen beteiligten Leute. Verteidigten sich anfangs viele Punks spontan gegen anrückende Bullen, kamen später immer mehr Leute dazu, für die der Bock auf 'ne Schlägerei mit den Bullen im Vordergrund stand. Als wir Samstagnacht den Eindruck hatten, daß die Lust auf Schlägerei ohne weiteren Hintergrund angesagt war und viele Hools mitmischten, waren wir nicht mehr bereit, ein Risiko für uns und unser Gelände zu tragen. Wir sagten den BesucherInnen im Haus, daß sie zwar rausgehen könnten, aber nicht mehr mit einer offenen Tür und unserem Schutz zu rechnen bräuchten. Wir hatten keinen Bock, doch noch einen von Bullen angekündigten Angriff mir Räumung für uns nicht darum, irgendwelche "Gewaltpotentiale" abzufedern oder uns gar zum Handlanger der Stadt zu machen. Wir haben kein Interesse daran, ein Festival etc. zu organisieren, bloß



Mackerspiele auf der Straße zu riskieren. Auch wenn viele von uns sich gefreut haben, die Bullen "erschöpft, gedemütigt, verheizt" (NP) zu sehen, kann Straßenkampf für uns kein Selbstläufer oder ein rein militärisches Manöver sein.
Wiederholung: Die Bullen haben die Auseinandersetzung durch ihre Provokationen und das Zusammenpferchen der Chaostage - BesucherInnen in der Nordstadt ausgelöst. Dies kann für uns allerdings nicht die einzige Antwort auf die Frage sein, warum sich alles in der Nordstadt abspielte. Wir können zukünftig nicht alles, was mit und bei uns passiert, auf die Bullen schieben. Wenn 1996 wieder Chaostage stattfinden, wovon wir ausgehen, wird es erneut eine von Bullen durchgesetzte punkfreie Innenstadt geben. Ob wir auf Sprengel nächstes Jahr einen ähnlichen Chaostage- und Bullenstress wieder aushalten können und wollen, ist fraglich. Dies gilt auch für andere Projekte und Leute in der Nordstadt. Also sollten sich alle freiwillig und unfreiwillig Beteiligten aus Hannover mal darüber verständigen, was von unserer Seite aus nächstes Jahr laufen soll. Wir haben durchaus Möglichkeiten, das hat dieses Jahr auch gezeigt, Einfluß zu nehmen. Die Erwartung, selbst Verantwortung zu übernehmen, richten wir aber genauso an die freiwillig Beteiligten, die z.B. Einladungen bis nach Grönland verschickten und denen wir nahelegen, sich auch dafür verantwortlich zu fühlen, was dann real auf den Chaostagen abläuft. Von dieser hiermit vorgeschlagenen Absprache unter vielen Leuten/Gruppen müssen Beamte und Sozialarbeiter jeglicher Coleur selbstverständlich ausgeschlossen sein. Bei dieser anvisierten Absprache geht es damit 1996 alles ruhig bleibt. Bedingung muß für uns aber sein, daß die nächsten Chaostage für die Nordstadt und unsere Strukturen halbwegs korrekt ablaufen und das wir und die Leute im Stadtteil damit leben können. Wir denken, daß sich unsere Interessen mit den meisten Punks, aber auch dem anderer Gruppen, deckt. Weiterhin ist überlegenswert, inwieweit wir direkten Einfluß auf den Ablauf der Chaostage nehmen, indem darauf hingearbeitet wird, daß außer der Nordstadt auch noch andere Anlaufpunkte genutzt werden. Sei es ein Bonzenviertel, Regierungseinrichtungen (z.B. Bereich Rathaus- Maschsee- Waterloo), ein großes Einkaufszentrum, eine Nobelpassage, Möglichkeiten zum Pennen oder ein netter Ort, wo ein paar Bands spielen. Solche Ideen können aber nur mit Punks zusammen konkretisiert werden, denn die Chaostage sind in erster Linie ihr Treffen.

Sprengel-Plenum


CHAOSTAGE BEI VOLKSWAGEN

Chaotisch finden die VW-Arbeiter vor allem die Verhältnisse in der Konzernzentrale.

Im Gegensatz zu den Chaos-Tagen lief der Gewerkschaftsprotest allerdings gesittet ab.

"... Punk heißt nunmal nicht, sich widerstandslos wie ein Stück Scheiße behandeln zu lassen!"

Da in diesem Land ja bekanntlich die herrschende Meinung immer die Meinung der Herrschenden ist, wollen wir an dieser Stelle, allen Lügen und Verdrehungen zum Trotz, ein Resümee der Chaos-Tage `95 der geneigten Öffentlichkeit zugänglich machen. Einen schönen Gruß schon mal an die unermüdliche "Lager-Gang", deren Veröffentlichungen wir mit Genuß aufgenommen und auch in unserem Bericht zum Teil verbraten haben.

Wie allgemein bekannt sein dürfte, begannen die diesjährigen Chaos-Tage, ganz zum Trotz jeglicher Einsatzplanungen der Bullen, bereits mehrere Tage früher. Mehrere hundert schlaue Punx reisten schon im Laufe der Woche an, um so den zu erwartenden Platz- und Stadtverboten durch die Bullen zuvorzukommen und, um schon mal die Stadt und Leute kennenzulernen.

Je näher die eigentlichen Chaos-Tage rückten, desto deutlicher wurde das sogenannte Deeskalationskonzept der Bullen, das scheinbar darin bestand, spätestens ab Donnerstag alles, was bunte Haare hatte, zielstrebig aus der Innenstadt in die Nordstadt zu treiben.

"Es ist zum Kotzen, mit welch übler Mischung aus Ignoranz und Brutalität es die Polizei mal wieder versucht hat, die größte Punk-Fete aller Zeiten zu verhindern." (die Lager-Gang)

Die permanenten Angriffe und Provokationen der Bullen wurden ab Donnerstagabend von der feiernden Gemeinde konsequent und vor allem äußerst erfolgreich beantwortet.

Während sich das Sprengel mit der zur Verfügungstellung von Pennplätzen und der Einrichtung einer Sani-Station im Haus auf das Ereignis vorbereitet hatte, bestand für uns, den EA, die Schwierigkeit, daß es grundsätzlich, wie im letzten Jahr, bei Massenfestnahmen herzlich wenig bringt, zu intervenieren. Wie sich allerdings im Laufe der Tage herausstellte, sollten diesmal jedoch etliche Leute im Knast verschwinden, was nur durch den Einsatz mehrerer AnwältInnen verhindert werden konnte.

Klar ist auf jeden Fall, daß die Bullen die Eskalation der Chaos-Tage, wenn auch vielleicht im Vorfeld nicht geplant, so doch vor Ort gezielt betrieben haben.

"Wir nehmen der Polizei ab, daß sie tatsächlich im Vorfeld ein gewisses Interesse an einem friedlichen Verlauf der Chaos-Tage hatte! Es ist aber auch völlig klar, daß diese Planung in einem traditionell nur auf Law & Order ausgerichteten Polizeiapparat gescheitert ist. Genauso könnte man versuchen, einem Hai das Kartenspielen beizubringen!" (die Lager-Gang)

Das hatte zur Folge, daß die Bullen, nachdem sie am Donnerstagabend daran gehindert wurden, am Freitag mittag mit ungeheurer Brutalität und unter Einsatz von Wasserwerfern, Räumpanzern und den schon fast obligatorischen steineschmeißenden Prügelschergen das Sprengelgelände stürmten. Es gelang ihnen allerdings auch nach dreistündiger Schlacht nicht, großartige Erfolge zu vermelden. Die meisten Menschen konnten sich in das Gebäude von Sprengel zurückziehen, und die Bullen hatten mal wieder das Nachsehen. Es ist allerdings schon erstaunlich, daß alle Medien die Tatsache verschwiegen oder wohlwollend ignorierten, daß die Bullen, während dieses und auch einiger späterer Einsätze scheinbar bewußt den Tod von Menschen in Kauf nahmen. Anders ist es für uns nicht zu erklären, warum ein Räumpanzer in eine Barrikade rast, auf der sich noch etliche Menschen befinden, und dabei mindestens eine Frau unter einem Müllcontainer begräbt, so daß diese schwere Becken- und Wirbelsäulenverletzungen davonträgt. Auch ist für uns nicht erkennbar gewesen, daß sich die Bullen in einer derartigen "Notwehrsituation" befunden hätten, die es rechtfertigen soll, daß sie gezielt mit Steinen auf ziemlich schlecht gepanzerte Menschen geworfen haben und dadurch unter anderem die übelsten Kopfverletzungen verursachten.

Ab diesem Zeitpunkt, als die meisten Menschen gerade im Viertel mitbekommen hatten, wer hier eigentlich mit äußerster Brutalität versucht eine bis dahin zwar laute, aber absolut peacig-spaßige, Atmosphäre zu zerstören, war klar, daß dies nur

der Anfang der Auseinandersetzungen in Hannover sein würde. Ab Freitagnacht ging es schlicht nur noch darum, den Bullen klarzumachen, daß sie in der Nordstadt und überhaupt während der Chaos-Tage in Hannover absolut nichts mehr verloren haben. Da ihnen dieses trotz mehrfacher eindringlicher und stundenlanger Versuche nicht einleuchten wollte, war es mehr als konsequent auch die Bevölkerung in den angrenzenden Stadtteilen von dieser Uneinsichtigkeit des Bullenapparates in Kenntnis zu setzen. Und so geschah es denn auch, daß sich die Auseinandersetzungen ab Freitag nicht mehr nur in der, durch den andauernden Bullenterror schon ziemlich gebeutelten Nordstadt, sondern auch in den Bezirken Innenstadt, Calenberger Neustadt und Linden-Nord abspielten. Den Höhepunkt stellte sicherlich das Fährmannsfest am Samstagabend in Linden dar, wo es die Bullen einfach nicht mit ansehen konnten, daß einige hundert Punx eine nette, bierselige Party feierten, bei der es nur bezüglich des in einem Flugblatt („Ab 1994 wird zurückgelogen") versprochenen Freibiers und der musikalischen Geschmacksabstimmungen zu kurzzeitigen Irritationen kam, die die Bullen jedoch schamlos zum Sturm auf das gesamte Fest nutzten und dort auf alles einprügelten, was sich noch oder auch schon nicht mehr bewegte.
Dieser Einsatz am und auf dem Fährmannsfest führte dazu, daß sich nun nicht mehr nur die Punx,. sondern auch etliche aus- und inländische Kids und vor allem auch einfache (linksliberale) Party-BürgerInnen in die Auseinandersetzungen einschalteten, mit der Folge, daß die Bullen in der Nacht auf Sonntag, zumindest in der Nordstadt, in keiner Straße mehr sicher waren, da ihnen plötzlich, wie aus heiterem Himmel, aus so manchem Wohnzimmerfenster nicht nur verbale, sondern durchaus auch handfeste Argumente, "doch endlich nach Hause zugehen", entgegengeschleudert wurden.

Irgendwann muß auch dieses den Bullen eingeleuchtet haben, denn nach dem sie dreimal daß Sprengelgelände gestürmt und zweimal vergeblich versucht hatten, ein Haus in der Heisentraße zu räumen, zogen sie nun endgültig ab und überließen die Nordstadt am Sonntag wieder der Wasserpistolen-Guerilla und allen anderen Menschen, die in ihr wohnen und sich bis zu diesen Tagen dort auch ganz wohl gefühlt haben.

Was dann in den nächsten Tagen durch die Medien geisterte, ist an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten. Einige, der sich während der Chaos-Tage noch hochinteressiert gebärdenden MedienvertreterInnen, entpuppten sich nach dem Wochenende als die übelsten Hetzer- und LügnerInnen. Deshalb hier noch ein paar Fakten:
Während der drei Tage wurden über 200 Punx und FreundInnen durch die Bullen verletzt, davon 30 so schwer, daß sie sich im Krankenhaus behandeln lassen mußten. Überwiegende Verletzungen waren Platzwunden und Nierenverletzungen, aber auch Bänderrisse, Beckenprellungen und schwere Augenverletzungen.
Über 1000 Menschen wurden in Polizeigewahrsam genommen und etwa 200 Menschen festgenommen, wovon 7 in U-Haft behalten wurden. Mittlerweile hat es fünf Verhandlungen gegen die inhaftierten Punx aus verschiedenen europäischen Ländern gegeben. Alle mußten bis zu Ihrer Verhandlung in U-Haft bleiben, konnten aber bis auf eine Ausnahme anschließend nach Hause fahren.
Am 25.8. wurde Michael aus der Schweiz von der Jugendkammer des Amtsgerichts wegen einfachen Landfriedensbruchs zu drei Wochen Jugendarrest verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt hatte er jedoch schon genau drei Wochen in U-Haft verbracht, womit die Strafe abgegolten war.
Der polnische Punk Darek wurde am 6.9. ebenfalls vom Jugendgericht zu vier Wochen Jugendarrest wegen Widerstands verurteilt. Daß er schon die fünfte Woche in U-Haft saß, interessierte den Richter herzlich wenig. Die einzige „Entschädigung" für die überlange U-Haftzeit war die Bereitstellung eines Bahntickets bis Frankfurt/Oder von der Sozialstation des Knasts.
Das, was die bürgerlichen Medien am 13. September als ersten Chaos-Tage-Prozeß darstellten, war schon der dritte. Könnte es daran liegen, daß die ersten beiden Prozesse nicht die Verurteilungsgeilheit der Presse-HetzerInnen befriedigten und hier jetzt das erste „richtige" Urteil zu erwarten war?
Angeklagt war ein englischer Punk wegen schweren Landfriedensbruchs und versuchter schwerer Körperverletzung. Er wurde vom Amtsgericht zu sechs Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Das entspricht der Mindeststrafe, die das Strafgesetzbuch dafür vorsieht.
Am 25.9. verurteilte das Schöffengericht Hannover einen 31-jährigen (Punk?) aus Bayern, aufgrund derselben Vorwürfe, zu einem Jahr Haft ohne Bewährung. In der Urteilsbegründung entblödete sich das Gericht nicht, zu behaupten, daß für ihn ein Jahr in der Vollzugsanstalt doch besser sei, als ein Jahr weiterhin dem Suff und dem Lotterleben auf der Straße zu frönen.
Der vorläufig letzte Prozeß fand am 27.9. wiederum vor dem Amtsgericht statt. David aus Frankreich war des schweren Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung angeklagt. Im ersten Punkt wurde er freigesprochen, da die Grundvoraussetzung für einen Landfriedensbruch eine gemeinschaftlich handelnde Menschenmenge *über 15 Personen* - was bei David nicht der Fall war - ist. Die Richterin verurteilte ihn schließlich zu vier Monaten und zwei Wochen, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung, da sie den widersprüchlichen Aussagen der drei BullenzeugInnen, er hätte einen Stein auf sie geworfen, Glauben schenkte. Außerdem hatte er bereits zu Beginn der Verhandlung zugegeben, „seine" Zelle demoliert zu haben.
Alle bisher angeklagten Punx haben nicht nur weitreichende Aussagen, sondern zumindest in eine Fall auch umfassende Geständnisse abgelegt.

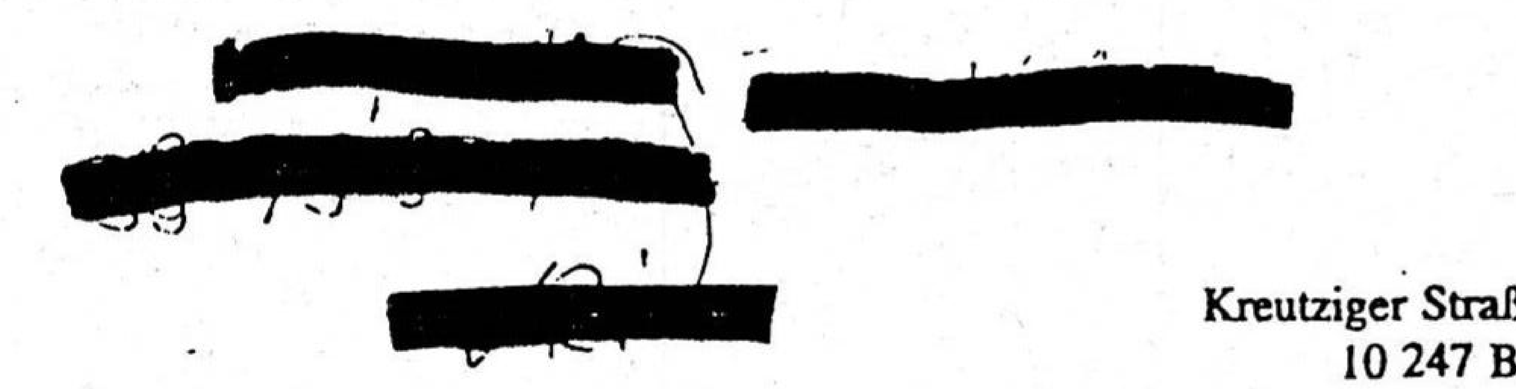
Dieses Verhalten ist für uns schwer nachvollziehbar, zumal sich die Anklage in allen Fällen ausschließlich auf die durchaus widersprüchlichen Aussagen von jeweils höchstens drei BullenzeugInnen stützten und somit eine Verurteilung in Einzelfällen vermeidbar gewesen wären. Es ist uns klar, daß das einzige Ziel für die wochenlang Inhaftierten war, so schnell wie möglich raus und damit nach hause zu kommen. Das selbst diese Überlegung nicht aufgeht, hat der Prozeß gegen den bayerischen Punk(?) gezeigt.
Deshalb hier noch einmal in aller Deutlichkeit: *Anna und Arthur halten's Maul! Keine Aussage bei Bullen und Justiz!*
Derzeit sitzen nach unseren Infos noch zwei Punx in U-Haft; die Prozeßtermine sind uns jedoch noch nicht bekannt. Damit ist aber noch lange kein Ende in Sicht, da laut bürgerlicher Presse derzeit noch mindestens 130 Ermittlungsverfahren laufen.
Um den hier in Hannover und sicherlich auch anderswo herumgeisternden Gerüchten von Toten etc. nachgehen und sie gegebenenfalls auch richtigstellen zu können, müssen wir unbedingt in Erfahrung bringen ob in irgendeiner Stadt noch Leute vermißt werden und diese vielleicht noch in U-Haft sitzen. Deshalb meldet euch beim EA wenn ihr irgendwen vermißt oder darüber bescheid wißt, wer aus eurem Freundes- oder Bekanntenkreis noch im Knast sitzen könnte. Denn nur so können wir vor Ort dafür Sorge tragen, daß diese Leute eine Anwältin/einen Anwalt kriegen, der/die sie dann auch möglichst schnell wieder rausbekommen kann.
Aber auch für alle anderen, die während der Chaos-Tage festgenommen wurden, gilt:
Falls ihr in der nächsten Zeit einen Strafbefehl oder eine Anklageschrift bekommt, meldet euch umgehend beim EA. Bei Erhalt eines Strafbefehls müßt ihr unbedingt innerhalb von 14 Tagen Widerspruch einlegen.
Wir könnten außerdem noch Gedächtnisprotokolle, Fotos etc. gebrauchen, um eventuell auch gegen bestimmte Bullen vorgehen zu können, die nachweislich versucht haben, Leute umzubringen.

Jetzt noch etwas Grundsätzliches zu den Chaos-Tagen:
Wir haben die Chaos-Tage weder organisiert, noch können wir sie in der Form wie sie abgelaufen sind abfeiern, dazu gab es auf Seiten der Punx zu viele Festnahmen und Verletzungen, aber eines ist klar: das Konzept der Bullen bestand mal wieder darin, alle Punx in die Nordstadt und speziell auf das Sprengel zu treiben, um so ihre schicke Innenstadt sauber zu halten. Das ist ihnen größtenteils dummerweise auch wieder gelungen. Chaos-Tage gehören aber von ihrer Idee her nun mal in die City, und dort sollten sie nächstes Mal auch endlich stattfinden. Uns ist klar, daß Chaos-Tage erstmal eine Party sind und somit auch nicht die Ansprüche ausdrücken, die wir für politische Aktionen als Maßstab anlegen, aber die Chaos-Tage gewinnen ihre Berechtigung und ihren Sinn dadurch, daß es zum Glück immer noch überraschend viele (vorrangig nette) Menschen gibt, die keinen Bock haben auf ein Leben in dieser rassistisch-yuppisierten Gesellschaft und sich dadurch und nicht nur durch ihr Outfit mit vielen ausgegrenzten Gruppen solidarisch zeigen. Wenn es dann auch noch gelingen würde, einigen absoluten Dull-Köpfen und leider auch einigen Nazi-Punx noch entschiedener klarzumachen, daß sie auf Chaos-Tagen nix zu suchen haben, dürften sich die möglichen zukünftigen Chaos-Tage vermutlich tatsächlich zu einem der besten Argumente gegen die EXPO 2000 entwickeln.
Auf kommunal- und landespolitscher Ebene sind die Chaostage auch nicht ohne Folgen geblieben. So ist drei Wochen danach der hannoversche Polizeipräsident Sander zurückgetreten worden. Mittlerweile fordert eine große Koalition von SPD, FDP und CDU, das niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz zu ändern. Eine Ingewahrsamnahme von bisher maximal 48 Stunden soll auf vier (SPD) bis 14 (CDU) Tage verlängert werden. Die Freizeit-Rambos der Union wollen außerdem den finalen Rettungsschuß wieder legalisieren. Das ist ja eigentlich auch nur die konsequente Weiterführung des Chaos-Tage bewährten Prinzips der steineschmeißenden und Tote-in-Kauf-nehmenden Prügelschergen. Innenminister Glogowski hat seiner Polizei außerdem allerlei neues Spielzeug versprochen. Zum Beispiel soll sie jetzt bessere Schutzausrüstungen erhalten. Vermutlich werden es dann nächstes Jahr die feiernden Punx mit Ninja-Turtle-gepanzerten und mit MGs und Schützenpanzern ausgerüsteten Amokbullen zu tun haben.
Doch auch dann müßte, dürfte, sollte gelten: Ihr habt die Macht, die Gier, das Wissen - doch die Kontrolle, die habt Ihr nicht; und Eure Lügengeschichten in den Medien sind nicht mehr als lächerlich! („... but alive!")

EA Hannover

Postadresse: EA Hannover, Stärkestr. 15, 30451 Hannover

telefonisch und persönlich zu erreichen: montags 19 - 20 Uhr im UJZ KORN, Kornstraße 28-30 ,
Telefon- und Faxnr.: 0511/16 16 711



Kreutziger Straße 19
10 247 Berlin

An das
Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstr. 7
10 557 Berlin

Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen Polizeibeamte des Landes Berlin auf Unterlassen von unverhältnismäßigen Maßnahmen gegen unbeteiligte Bewohnerinnen und Bewohner

Am 26. Sep. 1995 wurde das Gelände des ehemaligen Abenteuerspielplatzes Friedrichshain in der Kreutziger Straße 16 - 17 in Berlin-Friedrichshain unter massivem Einsatz von Polizeikräften geräumt. Zu diesem Zweck ordnete der Einsatzleiter vor Ort, Herr Richter, an, die umliegenden ehemals Besetzten Häuser durch SEK-Kräfte zu stürmen, obwohl von Anfang an keinerlei Störungen von den Bwohnerinnen und Bewohnern ausgegangen sind. Nachdem die Beamten die Haustüren - die in diesen Häusern in der Regel die Wohnungstür darstellen, da es innerhalb des Hauses keine abgeschlossenen Wohneinheiten gibt - aufgebrochen hatten, wurde in den Häusern jeweils bis zu acht Beamten postiert.

Auf Befragen erklärte der Einsatzleiter Richter, daß die polizeilichen Maßnahmen, insbesondere die Besetzung einiger Mietshäuser durch Polizeibeamte, die "nächsten zwei bis drei Wochen" andauern worde.

Ich wohne zusammen mit einer Gruppe in dem Haus Kreutziger Straße 18/19. Im Rahmen der Legalisierung von besetzten Häusern in Berlin-Friedrichshain wurde 1991 mit der zustandigen Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) ein sog. Rahmenvertrag zusammen mit Einzelmietverträgen für die einzelnen nunmehr Mieterinnen und Mieter abgeschlossen. Gemäß dieser Vereinbarung verpflichtete sich die WBF den Bewohnerinnen und Bewohnern das gesamte Haus zur Nutzung zu überlassen, um ein Wohnen in größeren Gruppen zu ermöglichen. Aufgrund dieser Vereinbarung wurde das Haus Kreutziger Straße 18/19 baulich so gestaltet, daß es für alle Bewohnerinnen und Bewohner u.a. eine große Küche, einen großen Gemeinschaftsraum und ein Gemeinschaftsbad gibt.

Aufgrund dieser Situation ist es unerträglich, daß seit gestern Polizeibeamte "zur Gefahrenabwehr" in den Fluren und auf dem Dach postiert sind. Dies bedeutet nämlich, daß die Bewohnerinnen und Bewohner nunmehr sozusagen unter Polizeiaufsicht aufs Klo gehen müssen, bzw. die Privatsphäre insgesamt von den anwesenden Polizeibeamten massiv verletzt wird. Dies kann insbesondere schon deswegen nicht hingenommen werden, da in dem Haus auch drei Kinder im Alter zwischen sechs und fünfzehn Jahren wohnen. Aufgrund der aufgebrochenen Türen kann zur Zeit auch nicht mehr für ausrechende Wärme im Haus gesorgt werden, zumal seit einigen Tagen wieder die Heizperiode begonnen hat.

Ein weiteres Problem, das meiner Meinung nach nicht hingenommen werden muß, sind die "Ppersonenkontrollen" im Haus. Seit der Besetzung durch Polizeibemate kann das Haus nur noch mit Personalausweis betreten werden, wobei auch beleidigende Äußerungen von den Beamten hingenommen werden müssen. Für Leute, die mich bzw. uns besuchen wollen, ist die Situation noch unerträglicher, da sie in der Regel von den Beamten nicht durchgelassen werden.

Der Einsatzleiter begründet die Maßnahme damit, daß er sicherzustellen habe, daß die Bauarbeiten auf dem angrenzenden Grundstück ungehindert durchgeführt werden können. Dies kann meiner Meinung nach nicht hingenommen werden. Für den Fall, daß tatsächlich welche Störungen auch immer von dem Haus Kreutziger Straße 18/19 ausgehen sollten, besteht für die Polizei immer die Möglichkeit dies zu unterbinden. Zumal seit gestern früh in der nähreren und weiteren Umgebung des Baugeländes ca. zwei bis drei Hundertschaften permanent vor Ort sind. Es kann aber nicht sein, daß mir bzw. der gesamten Hausgruppe unbesehen von vornherein unterstellt wird, daß von dem Haus aus Störungen stattfinden werden.

Wie bereits in der Vergangenheit mehrfach geschehen, hat die Polizei bereits bei relativ nichtigen Anläßen das Haus Kreutziger Straße 18/19 gestürmt und dabei regelmäßig größeren Sachschaden verursacht, der selbstredend von den anonym auftretenden Polzeibeamten stets bestritten wird, geschweige denn, daß den Anzeigen wegen diesen Sachbeschädigungen nachgegangen worden ist. Nunmehr haben die polizeilichen Übergriffe ein Außmaß angenommen, daß nicht mehr hinzunehmen ist.

Ich beantrage daher, daß im Wege der einstweilighen Anordnung es der Polizei untersagt wird, sich weiterhin in befriedetem Wohnraum aufzuhalten und damit massiv Grundrechte zu verletzen.

Da die Maßnahme nunmehr seit über 24 Stunden andauert, bitte ich um baldmöglichste Entscheidung in dieser Sache. Für Nachfragen oder das Einreichen weiterer Unterlagen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Spielplätze räumen ist ASOGzial

Der Polizeipräsident in Berlin
Landespolizeiverwaltungsamt

Platz der Luftbrücke 6

Der Polizeipräsident in Berlin, 12096 Berlin

BERLIN

In der Gsch. Stelle abgegeben, [Paraphe] 28/9.95

Gesch.Z. (bitte immer angeben): LPVA I C 3 - 03920/953
Zimmer:
Fernruf (030) 699-0 Intern 970, Durchwahl/Apparat: 699-34338
Datum: 28.9.95

In der Verwaltungsstreitsache
[geschwärzt] ./.
Land Berlin
- VG 1 A 333.95 -

Verwaltungsgericht Berlin
- 1. Kammer -

Gegen Empfangsbekenntnis!

wird beantragt, den von der Antragstellerin unter dem 27. September 1995 gestellten Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung

zurückzuweisen.

Der Antragsgegner hegt keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der von den Einsatzkräften im Hause Kreutziger Straße 18-19 in 10234 Berlin-Friedrichshain durchgeführten polizeilichen Maßnahmen.

- 2 -

Auf dem Eck-Grundstück Kreutziger Straße/Ecke Boxhagener Straße in 10243 Berlin-Friedrichshain haben im Auftrag der Firma Commercial am 26. September 1995 Baumaßnahmen zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses begonnen. Auf dem Grundstück befand sich bisher ein Abenteuerspielplatz, der von der "Szene" zum Symbolobjekt erklärt wurde.

In Bezug auf den Abenteuerspielplatz kam es unter Beteiligung des Bezirksamtes Friedrichshain zwischen dem Verein "Abenteuerspielplatz Friedrichshain e.V." und der Firma Commercial zu Verhandlungen, bei denen auch Teilergebnisse erzielt wurden, welche jedoch nicht von allen Gruppierungen akzeptiert werden.

Am 20. September 1995 erklärte der Verein "Abenteuerspielplatz Friedrichshain e.V." jedoch in einem Flugblatt, daß die Verhandlungen zwischen den Unterstützern des Abenteuerspielplatzes Kreutziger Straße und der Commercial endgültig gescheitert seien. Nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen sei jetzt jederzeit mit einer Räumung des Platzes und dem Baubeginn zu rechnen.

Am 21. September 1995 wurden am Eingang zum Abenteuerspielplatz geklebte Plakate festgestellt, auf denen den Politikern Kanther, Schnoor, Bechstein und Heckelmann Anstiftung zu Mord und Vergewaltigung vorgeworfen wird; weiterhin ist ein in der Kreutziger Straße knüppelndes Sondereinsatzkommando der Polizei dargestellt.

In unmittelbarer Nachberschaft zu dem in Rede stehenden Baugrundstück befindet sich unter anderem das Haus Kreutziger Straße 18-19, in dem auch die Antragstellerin wohnt.

Viele Bewohner der Kreutziger Straße gehörten ursprünglich zu einer Gruppe von Hausbesetzern, die nach der Legalisierung der Besetzungen ihr Leben in alternativen Formen gestalten. Sie engagieren sich in ihrem Kiezbereich und pflegen vielfältige soziale Bindungen. Sie sind nicht gewaltorientiert. In verschiedenen Wohnobjekten der Kreutziger Straße halten sich jedoch auch Personen des autonomen und gewaltbereiten Spektrums sowie zahlreiche Jugendliche auf,

- 3

die sich offen zur Gewalt bekennen und die andere Bewohner, die sich engagiert für den Abenteuerspielplatz einsetzen, abfällig nur als "peacer" bezeichnen.

So kam es unter anderem im Zuge von Arbeiten einer Munitionsfirma auf dem Gelände im April 1995 zu massiven Störungen. Bauarbeiter und Polizeikräfte wurden mit Steinen, Molotow-Cocktails und Rauchkörpern beworfen. Auf den Dächern einzelner Häuser in der Kreutziger Straße wurden Depots mit Kleinsteinpflaster angelegt und auch Gehwegplatten gelagert.

Aufgrund dieser Erfahrungen und Erkenntnisse war bei Baubeginn mit erheblichem Widerstand und Ausschreitungen zu rechnen. Kurz nach Beginn der polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen am 26. September 1995, gegen 07.50 Uhr, wurde durch Anwohner der Kreutziger Straße ein Hupensignal ausgelöst. Nachdem die Polizei auf den Gehwegen abgestellte Fahrzeuge umgesetzt hatte, konnten die bereitstehenden Baufahrzeuge auf das Gelände fahren und mit Abräumarbeiten beginnen.

Eine Räumung des genannten Baugrundstücks durch Polizeikräfte hat nicht stattgefunden; unberechtigte Personen waren nicht auf dem Grundstück. In der näheren Umgebung hielten sich jedoch bis zu 90 Personen auf.
Im weiteren Verlauf kam es zu acht freiheitsentziehenden Maßnahmen, u.a. wegen Widerstands, Körperverletzung und Beleidigung; es wurden diverse Platzverweise ausgesprochen.

Aufgrund der polizeilichen Erfahrungen der letzten Monate sah die polizeiliche Einsatzkonzeption u.a. vor, beim Haus Kreutziger Straße 18

- schlagartig einzudringen, ggf. unter Einsatz technischer Mittel,
- den Dachbereich freizuhalten, unter Einsatz geschulter Beamter,
- im Treppenhaus Beamte zu postieren, die im Fall von Straftaten/ Störungen schnellstens die Wohnung und Personen zielgerichtet feststellen sollten. Hierbei sei besonders hervorgehoben, daß in der Wohnung Kreutziger Straße 18, Whg. 0403, rechtswidrigerweise

ein Fenster in die Brandmauer zum Baugelände von den dortigen Bewohnern gesetzt wurde, das des öfteren Ausgangspunkt von Störungen war,
- in der Anfangsphase des Einsatzes an dem Hauseingang Zugangskontrollen durchzuführen, mit dem Ziel, nur Berechtigte dort einzulassen, später jedoch, je nach Lageentwicklung, die Maßnahmen auf bloße Kräftepräsenz zu reduzieren.

Entgegen der vorgesehenen Einsatzkonzeption mußten die Einsatzkräfte über Kreutziger Str.19 zum Dachbereit vordringen, da Haus 18 verschlossen war. Als das Dach des Doppelobjektes 18/19 von Polizeikräften besetzt war, ertönte drei Minuten später eine Warnhupe zur Mobilisierung der alternativen Anwohnerszene, und auf dem Dach und Fensterbereich des - infolge Freifläche - gegenüberliegenden Objektes 21 erschienen vermummte Personen. Aufklärungsergebnisse der Polizei im Vorfeld der Maßnahmen am 26.9.1995 ergaben, daß auf den Dächern der Häuser 18/19 sowie angrenzend Nr. 21 nicht näher identifizierbare Gegenstände gelagert wurden. Im weiteren Verlauf des Einsatzes konnte festgestellt werden, daß insbesondere auf dem Dach Nr. 21 diverse Materialien (Steine unterschiedlicher Größe, Nato-Stacheldraht) lagerten. Im Haus Nr. 19 wurde zur Gewährleistung der jederzeitigen Zugangsmöglichkeit die Hauseingangstür durch eine technische Einheit geöffnet. Im Hausaufgang konnten ein Faß mit ca. 30 Liter Altöl aufgefunden werden. Von der Rückseite des Objekts 18/19 erfolgten um 08.34 Uhr Böllerwürfe, der Hofbereich wurde durch Polizeikräfte gesichert. Kreutziger Straße 18, 19, 21 konnten im frei zugänglichen Bereich diverse Cannabispflanzen aufgefunden werden.

Seitens der Eigentümerin Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) erhielt die Polizei die Berechtigung, neben gefahrenabwehrenden und strafverfolgenenden Gründen, auch aus anderen Gründen, die Alternativobjekte zu betreten und alle außerhalb vermieteter Wohnungen liegenden Flächen zu begehen. Das Doppelobjekt Nr. 18/19 kann durch zwei separate Hauseingangstüren sowohl vom Straßen- als auch vom Hofbereich begangen werden. Das Objekt verfügt über jeweils ein Erdgeschoß und vier Obergeschosse sowie über einen gemeinsamen Dachboden- und Dachflächenbereich. Vom Treppenflur gehen etagenweise separate Wohnungen ab. In den Objekten wurden die Beamten am

Einsatztag im Hauseingangsbereich, Treppenflur und Dachbereich eingesetzt. Der kontrollierte Zugang erfolgte nur im Hauseingangsbereich, nicht im Flurbereich. Im Tagesverlauf erfolgte die Reduzierung der Zugangskontrolle auf bloße Präsenz der Beamten am Hauseingang und Abweisen am Dachzugang.

Auf Anfragen mehrerer Bewohner von acht sogenannten Alternativobjekten in der Kreutziger Straße äußerte sich der Einsatzleiter dahingehend, daß die polizeilichen Maßnahmen in der Anfangsphase der jeweiligen Lageentwicklung angepaßt durchgeführt werden. Hierbei ist auch unmißverständlich darauf hingewiesen worden, daß polizeilicherseits großes Interesse daran bestünde, die Maßnahmen schnellstmöglichst zu reduzieren, d.h. die Beeinträchtigung der Bewohner des in Rede stehenden Hauses auf das zwingend erforderliche Maß zu beschränken.

Gegen 16.00 Uhr wurde der als Unterabschnittsleiter eingesetzt gewesene Beamte Richter von dem Rechtsbeistand der Kreutziger Str.18 auf die Situation angesprochen, daß ein Polizeibeamter im Treppenhaus in der Nähe einer gemeinschaftlich genutzten Räumlichkeit postiert und den Bewohnern dies unangenehm sei.
Es wurde daraufhin zugesagt, dies zu ändern und diesen Posten ab 17.00 Uhr abzuziehen. Der entsprechende Auftrag wurde gegen 16.22 Uhr erteilt.

Wohnungseingangstüren wurden von Polizeikräften nicht aufgebrochen.

Zugangskontrollen zum Haus Kreutziger Straße 18 erfolgten lediglich in den Anfangsstunden der polizeilichen Maßnahmen und wurden nach Beruhigung der Lage in diesem Umfang eingestellt.

Insbesondere aus den Erfahrungen der Einsätze vom April 1995 erfolgte die Postierung von Beamten am Objekt Nr. 13/19. An den genannten Tagen kam es zu massiven Störungen von Erdarbeiten auf dem Gelände Kreutziger Straße 17/17a durch Steinwürfe, Abschuß pyrotechnischer Munition, Gebrauch von Molotow-Cocktails und Rauchkörpern. Aus den Häusern und von den Dächern wurden die Einsatzkräfte massiv mit Steinen beworfen.

- 6 -

In der Vergangenheit haben Bedienstete des Landeskriminalamtes - LKA 51 - unter anderem auch Wohnungen des Hauses Kreutziger Str. 19 aufgrund richterlicher Durchsuchungsbeschlüsse durchsucht; letztmalig am 5. September 1995.

In den Morgenstunden des heutigen Tages wurden in dem allgemein zugänglichen Dachbodenbereich des Hauses Kreutziger Straße 13/19 als Zufallsfund acht Nebelkörper russischer Produktion sowie fünf Brandflaschen gefunden.

In Anbetracht der vorangegangenen Ereignisse, der Unvorhersehbarkeit der Lageentwicklung und der Gefahreneinschätzung sowohl zu Beginn der polizeilichen Maßnahmen am 26. September 1995 als auch im weiteren Verlauf dieses Tages erachtet der Antragsgegner die durchgeführten polizeilichen Maßnahmen als erforderlich, geeignet und auch geboten. Sie sind verhältnismäßig und mithin auch rechtmäßig. Insbesondere das Abziehen des Postens aus der Nähe der gemeinschaftlich genutzten Räumlichkeit im Treppenhaus verdeutlicht, daß der Antragsgegner bemüht war und ist, die Beeinträchtigung der Bewohner des Hauses soweit als irgend vertretbar zu minimieren.

Andererseits bestätigt das Auffinden der Nebelkörper und Brandflaschen auf dem Boden des Hauses jedoch die Richtigkeit der polizeilichen Gefahrenprognose, daß nämlich jederzeit mit dem Ausbruch von gewalttätigen Aktionen einzelner Personen gerechnet werden muß. Hieran aber haben sich Intensität, Art und Weise sowie die Dauer der polizeilichen Maßnahmen zu orientieren. Die friedfertigen, jede Form von Gewalt ablehnenden anderen Hausbewohner können demgegenüber nicht dafür garantieren, daß aus ihrem Wohnbereich keinerlei unfriedliche Aktionen ausgehen werden.

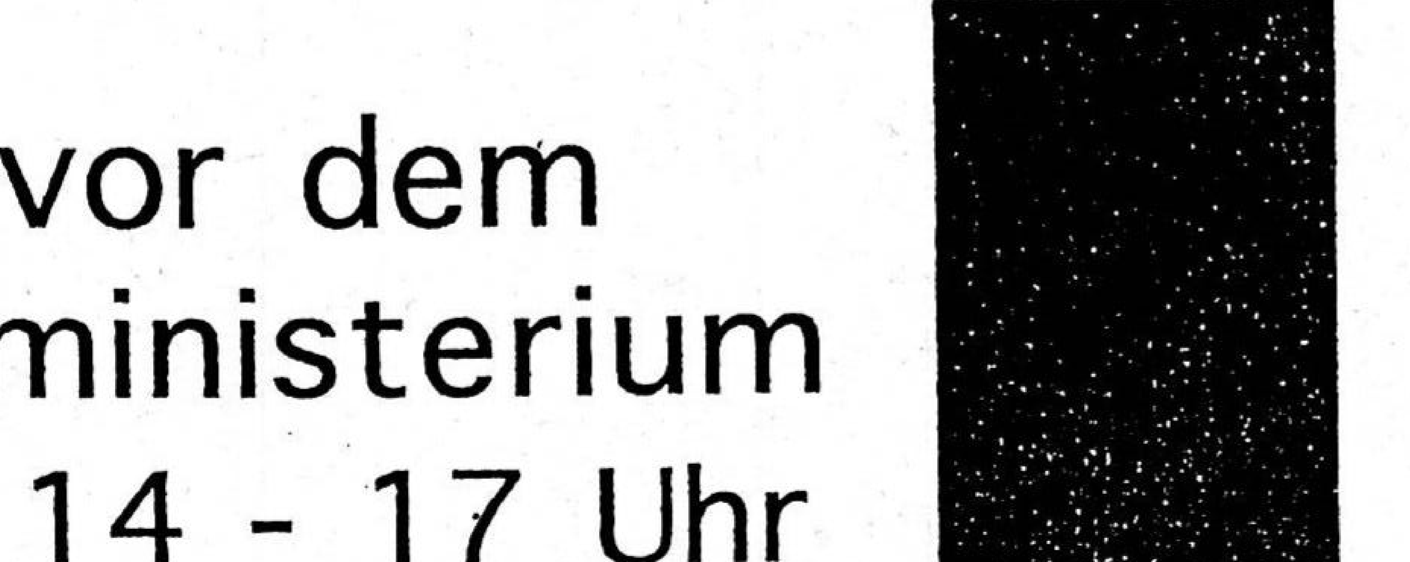
Nach alledem hegt der Antragsgegner keine ernstlichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der durchgeführten polizeilichen Sicherungs- und Schutzmaßnahmen.
Zwei Durchschriften und ein Verwaltungsvorgang sind beigefügt.

Im Auftrag

Arndt
Arndt

Christian Klar, Gefangener aus der RAF, seit 1.9.95 im unbefristeten Hungerstreik für angemessene Kommunikationsbedingungen:

"Für die Aufhebung aller Besuchsverbote;
für die Zulassung von bis zu drei Personen bei Besuchen, wie es hier allgemein üblich ist;
für die Aufhebung des Telefonverbots;
für die Achtung meines Rechts auf Briefkontakte."



Kundgebung vor dem Bundesjustizministerium
Freitag, 6.10., 14 - 17 Uhr
Treffpunkt U-Bhf. Hausvogteiplatz

Seit dem 1.9. ist Christian Klar, Gefangener aus der RAF, im unbefristeten Hungerstreik für angemessene Kommunikationsbedingungen. Wir rufen auf zur Kundgebung am 6.10. vor der Berliner Filiale des Bundesjustizministeriums. Das Bundesjustizministerium und die Justizministerien der Länder sind verantwortlich für die Isolationsfolter und die Vernichtungshaft gegen die politischen Gefangenen in der BRD, die dagegen seit 25 Jahren Widerstand leisten. Konkret sind sie eingebunden in die "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" (KGT), die u. a. verantwortlich ist für die Verschärfung der Haftbedingungen, die Verweigerung medizinischer Behandlung und neue Prozesse gegen Gefangene aus der RAF.

Am 6.10. ist Christian Klar 36 Tage im Hungerstreik. Er wurde bereits am 21.9. vom Bruchsaler Knast in das Knastkrankenhaus auf dem Hohenasperg verlegt. Dort ist er 23 Stunden am Tag eingeschlossen und sieht nur zum Hofgang andere Gefangene.

Gegen Christian Klar haben sich die Maßnahmen so zugespitzt, daß er für lebensnotwendige Forderungen in den Hungerstreik getreten ist. Seine einfachen Forderungen sollen nicht erfüllt werden, seine Situation nicht in die Öffentlichkeit kommen.

Dagegen wollen wir unsere Solidarität mit Christian Klar gegen die zerstörerischen Bedingungen zum Ausdruck bringen. Und das wollen wir dort tun, wo die Verantwortlichen für die Doktrin der harten Haltung gegen Christian Klar sitzen.

FÜR DAS LEBEN UND DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

Erklärung

Seit dem 1. September 1995 befindet sich Christian Klar, gefangener Genosse aus der RAF, im unbefristeten Hungerstreik. Er protestiert damit gegen die unerträglichen Besuchsverbote und das andauernde „fleddern" seiner Post.

Seine Forderungen sind:

- Aufhebung aller Besuchsverbote
- Aufhebung des Telefonverbots
- Achtung seines Rechts auf Briefkontakt

Das Kalkül der Verantwortlichen in Staat und Justiz ist klar: Über die politische Diskussion hinaus soll jede Äußerung der gefangenen Genossinnen unterdrückt werden, um damit einen Bruch zu erzeugen zwischen den politischen Gefangenen und den Menschen draußen, die eine Auseinandersetzung mit den gefangenen Genossinnen für zwingend notwendig erachten.

Das abtöten wollen problembezogener Auseinandersetzungen durch die Repressionsorgane wird deutlich in der Selektion der jeweiligen Personen und politischen Themen.

Es sind gerade Irmgard Möller und Günther Sonnenberg, die dem Besuchsverbot bei Christian unterworfen sind. Bei den Briefen, die die Situation um die Verhinderung der rassistischen Ermordung von Mumia Abu Jamal beschreiben, und die eben aus diesem Grund beschlagnahmt werden, offenbart sich dieses Ziel, für jeden sichtbar!

Mit dem heutigen Tag schließe ich mich unbefristet dem Hungerstreik und den damit verbundenen Forderungen an!

JVA Lübeck, 8.9.'95, Rainer Dittrich

Erklärung zur Aktion bei *amnesty international* (Bonn/Berlin) und *dpa* (Stuttgart)

Heute ist Christian Klar den 29. Tag im Hungerstreik. **Wir haben heute die Büros von *amnesty international* in Bonn und Berlin sowie das *dpa*-Büro in Stuttgart aufgesucht.**

Wir fordern von *amnesty international*, sich über deren Zentrale in London für die Durchsetzung der Hungerstreikforderungen einzusetzen.
Durch das Aufsuchen von dpa wollen wir das Verschweigen des Hungerstreiks und seiner Forderungen in den Medien durchbrechen.

hungerstreikerklärung von christian klar vom 3.9.1995

es gibt eine ganze reihe von problemen, die ein gefangener aus eigener kraft lösen kann. wenn ein minimum an bewegungsfreiheit innerhalb des knastes oder eines flügels existiert, die zusammensetzung der gefangenenbelegung nicht völlig manipuliert werden kann (also anders als in kleinen abteilungen oder "wohngruppenvollzug"), findet sich immer eine spur von beziehungen, die zu solidarischem handeln entwickelt werden kann. da ist dann ein boden, auf dem ein kampf gegen die erniedrigung und gegen die unzähligen restriktionen des "knastalltags" aus eigener kraft aufgenommen werden kann und auch zu positiven ergebnissen führt.

der alptraum beginnt da, wo der knast bzw. die übergeordneten behören die weitergehende oder vollständige absonderung anordnen (wie hier in bruchsal, seit nun bald einem halben jahr, bei ivan jelinic) oder wo sie die isolierung nach draussen zuspitzen (durch die besuchbedingungen, besuchs-verbote, postzensur) oder wo sie erkrankungen von gefangenen gezielt zur schwächung der wider-standskraft ausbeuten (durch verschleppung oder verweigerung angemessener medizinischer be-handlung).
und natürlich gehört dazu die doktrin, gemeinsame unterbringung der politischen gefangenen zu vereiteln.
hungerstreik ist eine kampfform, die diese brücke nach draußen sucht.
es ist der kämpferische vorschlag, für eine zeit und für ein konkretes ziel die kräfte zusammenzutun.

vergangenen freitag habe ich den folgenden zettel zur anstaltsleitung gegeben:

"1.9.1995
ab heute bin ich im unbefristeten hungerstreik
- für die aufhebung aller verhängten besuchverbote,
- für die zulassung von bis zu drei personen bei besuchen, wie es hier allgemein möglich ist,
- für die aufhebung des telefonverbots,
- für die achtung meines rechts auf briefkontakte."

zu den besuchsverboten:
die wurden verhängt gegen:

günter sonnenberg,
bernd meyer (ein ehemaliger gefangener, der nach der knastrevolte 1990 in fulhsbüttel nach bruchsal zwangsverschubt wurde und 1994 entlassen worden ist),
irmgard möller,
lutz taufer,
manuela happe,
stefan wisniewski (das betrifft einen antrag auf "besuchszusammenführung", im zuge eines transports, der stefan nach baden-württemberg führen würde).

die besuchsverbote wurden jeweils damit begründet, dass die besuche "schädlichen einfluß" auf den gefangenen haben würden, der dem "vollzugsziel" entgegensteht.

zur zensur:
ich kenne eine absolut zerstörende zensurpraxis aus den jahren 82 bis 89.
nach dem hs im jahr 89 veränderte sich die sache zum besseren, nun kehrt es sich seit einer weile wieder um, neben unzähligen "wilden" postanhaltungen (nach tageslaune des zensors), sind hier auch schwerpunkte festzustellen:
nachdem eine gefangene aus action directe versuchte, einen briefwechsel zu beginnen, wurde jeder politische text aus der diskussion der gefangenen in frankreich angehalten,
ein zweiter schwerpunkt liegt auf der behinderung der diskussion mit genossen in berlin, die sich stark für eine auseinandersetzung um die deutschnationalen strömungen (auch in der linken) einsetzen.

christian klar
bruchsal, anfang september

Christian Klar ist am 1.9.1995 für folgende Forderungen in den Hungerstreik getreten:
- **Für die Aufhebung aller verhängten Besuchsverbote**
- **Für die Zulassung von bis zu drei Personen bei Besuchen**
- **Für die Aufhebung des Telefonverbots**
- **Für die Achtung des Rechtes auf Briefkontakte**

Christian Klar ist einer der Gefangenen aus der RAF. Er war von 1983 bis 1989 in Einzelisolation im 7. Stock in Stuttgart-Stammheim inhaftiert. Nach dem letzten Hungerstreik aller Gefangenen wurde er nach Bruchsal verlegt. Dort hatte er bis 1992 Kontakt mit zwei anderen politischen Gefangenen.
In den letzten Monaten wurden die Haftbedingungen gezielt verschärft. Es wurden Besuchsverbote gegen sechs Personen verhängt, Besuche mit mehreren Personen wurden generell untersagt, ebenso die Möglichkeit zu telefonieren, die willkürliche wie gezielte Anhaltepraxis von Briefen, die Verhinderung von Briefkontakten - das sind schärfste Maßnahmen von Isolation, wie sie als Programm gegen Christian Klar eingesetzt werden.
Mit der Verschärfung der Isolationshaft soll mit Christian Klar einer der Gefangenen unter Druck gesetzt werden, die an ihren politischen Zielen festhalten.

Am 26.9.95 wurde mit dem Urteil "lebenslänglich" gegen Sieglinde Hofmann in Stuttgart-Stammheim der bisher letzte der Kronzeugenprozesse beendet. Lebenslänglich für alle, getrennt voneinander verteilt über die Knäste der BRD - und dies unter Bedingungen, die in den Einzelheiten differenziert und zum Teil unterschiedlich erscheinen, real aber in ihrem Zusammenwirken die Fortsetzung des Programms der Isolation zur Zerstörung ihrer Identität gegen sie alle bedeuten: Die staatlich vorgesehene "Perspektive" heißt Knast ohne Ende unter zerstörerischen Bedingungen.

Eine reale Perspektive für die Gefangenen kann nur ihre Freiheit und die Möglichkeit, bis dahin unter angemessenen Bedingungen zusammen zu kommen, sein. Sie muß gegen das staatliche Kalkül, die Gefangenen politisch und moralisch zu brechen, durchgesetzt werden.

In einer Situation, in der ein Gefangener zum äußersten und existentiellen Kampfmittel des Hungerstreiks greifen muß, um sich seinen Raum zum Atmen zu erkämpfen, liegt es an uns, diese Initiative aufzugreifen und die Isolation zusammen zunächst an einem Punkt zu durchbrechen.

Wir rufen alle auf, die sich mit den Gefangenen verbunden fühlen, für die Durchsetzung der konkreten Forderungen von Christian Klar in Aktion zu treten. Von *amnesty international*, wie der gesamten sich als humanistisch begreifenden Öffentlichkeit fordern wir, Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Bonn, Stuttgart, Berlin
29.9.95

visdp: c.zetkin, 10115 berlin

Gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften in Weißrußland!

In Weißrußland kam es im August zu einer Streikwelle; besonders der öffentliche Transport in Minsk und Gomel war betroffen. Die Regierung Lukashenko reagierte am 21. August 95 mit einem faktischen Ausnahmezustand: Pressezensur, Aufhebung der parlamentarischen Immunität und Arbeitsmöglichkeiten für Parlamentsabgeordnete, Verbotsdrohung für Parteien und andere Organisationen, die die Streiks unterstützen und das Verbot sowohl der offiziellen wie freien Gewerkschaften. Mehrere Gewerkschafter wurden verhaftet, zahlreiche Beschäftigte entlassen.
Besonders hart von den Entlassungen betroffen waren die Arbeiterinnen des Busdepots in Gomel, u.a. Suchonskaja, Ignotenko etc. Entlassen wurden auch Parlamentsabgeordnete und Gewerkschaftsvorsitzende, wie z.B. Bykov, Kanon und Makartschuk sowie Igor Asarko, Arbeiter des Industriekomplexes Integral, Mitglied der unabhängigen Gewerkschaft SMOT und Kandidat der Arbeiterpartei bei den jüngsten Wahlen, wo er 8% der Stimmen erhielt. Er gehörte zu einer Delegation, die im November 93 in Berlin Gewerkschafter und Betriebsräte u.a. bei BSHG, BMW, und Narva besuchte.
Ziel der Politik Präsident Lukashenkos ist nicht nur, mit Massenentlassungen und Senkung des Lebensstandards die Bedingungen des IWF zu erfüllen und die alte Nomenklatur in neue Kapitalisten zu verwandeln. Es soll vor allem versucht werden, unabhängige Gewerkschaften und politische Organisationen wie die im Entstehen begriffene Arbeiterpartei zu zerschlagen.

Weißrußland ist für deutsche Banken und Konzerne ein strategisches Ziel ersten Ranges. Es soll ein Billiglohnland geschaffen werden, in dem die arbeitende Bevölkerung wehrlos der Willkür von IWF, internationalem Kapital und der Nomenklatura ausgesetzt ist. Der nächste Schritt wird die Verlagerung weiterer Produktion in ein Land mit 100 DM Monatsverdienst sein. So wird die gegenwärtige vom IWF mit einem Kredit von 280 Millionen Dollar unterstützte Diktatur auch helfen, Arbeitsplätze in Deutschland zu vernichten und die Löhne zu senken.
Dieser Politik müssen wir durch internationale Solidarität entgegentreten.

Deswegen organisieren wir eine internationale Kampagne mit Unterschriftensammlungen, Telegrammen und Protestkundgebungen, um auf die Regierung Weißrußlands Druck auszuüben.

An die Regierung Weißrußlands und die Werksleitungen von Integral in Minsk sowie dem Gomeler Busdepot:

Wir protestieren gegen die Unterdrückungsmaßnahmen Ihrer Regierung gegen Beschäftigte, die ihr durch internationale Verpflichtungen geschütztes Recht auf Streik und politische Tätigkeit wahrnehmen.
Wir fordern:
**** die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen***
**** die sofortige Einstellung aller Gerichtsverfahren***
**** die Annulierung des Verbots gewerkschaftlicher Tätigkeiten***
**** die Beendigung der Drohungen gegen die Presse- und Meinungsfreiheit***
**** die Erfüllung aller Forderungen der Beschäftigten wie die pünktliche Auszahlung der vereinbarten Löhne***

Bitte schickt Resolutionen an:

Victor Emilianof, Direktor der Fabrik NPO Integral, Kasintzaplatz, Minsk, Republik Weißrußland, CP220064, Fax 00375-172-787980
Generalstaatsanwalt Vasili Shovadonov, Uliza International 24, Minsk, Republik Weißrußland, CP 220050

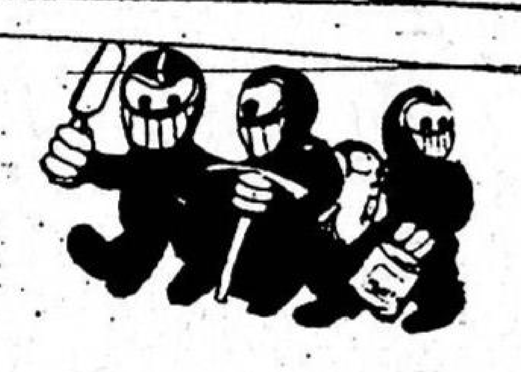
Kommt zur Protestkundgebung vor die Weißrussische Botschaft,
Unter den Linden 93
am Freitag, den 6.10.95 um 11⁰⁰ Uhr

ViSdP: Komitee gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften in Weißrußland. Kontakt-Tel.:23252601

Betr.: Antinationale Aktion im Vorfeld zu den Feierlichkeiten zum 3. Oktober in Düsseldorf

In der Nacht vom 18. auf den 19. September wurden im Düsseldorfer Stadtteil Dehrendorf vier Banken sowie einige Kaufhäuser entglast. Diese Aktion soll zeigen, daß auch in diesem Jahr die Feierlichkeiten des babarischen Nationalismus am 3. Oktober nicht ungestört verlaufen werden. Gerade jetzt ist Deutschland wieder auf dem Vormarsch zur absoluten Großmacht in Europa. Durch aktives eingreifen am imperialistischen Kriegsgeschehen (Tornadoeinsätze und evt. in Zukunft Atommacht) wird den wirtschaftlichen Einflüssen jetzt auch militärischer Tribut gezollt. Weltweit werden die Profitinteressen der BRD jetzt noch aggressiver und repressiver durchgesetzt werden können. Für die meisten Menschen denen ohnehin das bestehende Wirtschaftssystem kaum mehr etwas bieten kann, bedeutet dies noch mehr Krieg Hunger und Elend.

Durch diese Aktion sollen alle die animiert werden, die sich noch nicht mit den unmenschlichen aber immer wieder als „natürlich und immerwährend" dargestellten herrschenden Verhältnissen abgefunden haben. Leistet Widerstand gegen den immer stärker werden Nationalismus auf unterschiedlichen Ebenen. Der 3. Oktober bietet dazu eine gute Gelegenheit !



Einladung zum Großen Erfurter Zapfenstreich
Montag 9. Oktober 1995

Im Rahmen der Feierlichkeiten 40 Jahre Bundeswehr (JA Morden - wir sind immer noch da) findet bei Anbruch der Abenddämmerung (18 Uhr) auf dem Domplatz in Erfurt eine öffentliche Vereidigung mit großem Zapfenstreich statt. Am Nachmittag des gleichen Tages möchten Reisegruppen aus Berlin (z.B Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär) starten um die Veranstaltung der Bundeswehr musikalisch zu bereichern mit der Absicht den anwesenden Offizieren und Generälen einen herzlichen Gruß zu überbringen. Bitte ruft in der Kampagne an und hinterlaßt eure Telefonnummer oder meldet euch eine Woche vorher noch mal um die genaue Abfahrtszeit der Omnibusse zu erfragen.

Tel.: 61500530

Bring the war home ...

In the name of the campaign
Martin Hantke

PS: Erfurt ist die Hauptstadt des neuen Bundeslandes Thüringen, dessen BewohnerInnen für den Empfang schon ihr zahlreiches Erscheinen zugesagt haben

Die Chaos - Feten gehen weiter!

Massaker - Party - Teil 2

mit rohem und gegrilltem

Fleisch (arrgghhhh)!

mit *Tequila*. EVP DM 2,- (4 cl!!!) solange die Knete reicht).

WIR HABEN NICHTS ZU VERLIEREN, AUßER UNSERM *Tequila!*



Panther aller Länder - vereinigt Euch - am Samstag gemeinsam abzustürzen!

PINK PANTHER

am Samstag, d. 7. OKTOBER
ab 17 Uhr
am LAUSE- PLATZ (der Name ist uns Verpflichtung)
X-berg 36

Es geht durch die Welt ein Geflüster....
Die Ereignisse in München während der Zeit der Räterepublik November 1918 bis Mai 1919

Videofilm auf Großleinwand

Erzählt von Frauen und Männern, die als Kinder und Jugendliche in das dramatische Geschehen von damals verwickelt waren, Historische Film-, Ton- und Fotoaufnahmen illustrieren die persönlichen Eindrücke dieser Zeitzeugen; ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, politischen Entwicklungen und Leiden

Montag, 09.10. um 20.00

Veranstaltungsort: Cafe Cralle, Hochstädter Str.10A10965 Berlin-Wedding; S/U-Bahn Leopoldsplatz

---

Ein Wort kann eine Karikatur sein - *FRIEDE*

Das System redet von Frieden und produziert Krieg

Videofilm auf Großleinwand

Indem wir uns kategorisch von den "Nicht-Gewaltfreien" distanzieren, vergessen wir: "Gewaltfreiheit ist kein Inhalt, sondern immer nur Mittel zum Zweck".
Die Friedensbewegung war schon einmal weiter. Wo sind sie geblieben, die Erfahrungen der Ohne-uns-Bewegung gegen die Remilitarisierung und die Anti-Atom-Bewegung gegen die atomare Bewaffnung Deutschlands, wo die der APO gegen inneren Notstand und äußere Massenvernichtung? "Reden wir nicht über Frieden, sprechen wir... von der Gewalt hier im System." Was haben wir gelernt aus der Geschichte von Gewalt und Gegengewalt, was aus der von Protest und Widerstand, von der Diffamierung und Kriminalisierung?
So bleibt alles beim Alten: "Das System redet von Frieden und produziert Krieg". Und damit das auch perfekt funktioniert, "erhält die äußere Aufrüstung ihre innere Sicherheit."
"Nicht das, was uns droht, sondern daß es einfach so weitergeht, das ist die Katastrophe. Und alles, was sich dem in den Weg stellt, ist Kampf für den Frieden."
Und Kampf ist eine andere Kategorie als Krieg

Dienstag, 10.10. um 20.00

Veranstaltungsort: El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

BARGELD FÜR ALLE!
FLÜCHTLINGE UNTERSTÜTZEN

NICHT VERGESSEN: JEDEN SONNTAG AB 19.00 UHR UMTAUSCH VON SACHLEISTUNGS-WAREN BERLINER ASYLBEWERBERINNEN (KAFFEE, SWEETIES...) IM "RAT & TAT", LIEBENWALDER-16 IM WEDDING (U9 NAUENER PL.)
!!! GEGEN DAS "ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ"

Christian Klar ist seit dem 1. September im unbefristeten Hungerstreik. Sieglinde Hofmann wurde gerade zu lebenslänglich Knast verurteilt. Wer sich den Herrschenden nicht beugt, soll vernichtet werden.

Eine Demo für die Freilassung aller politischen Gefangenen ist für den 17. oder 18. Oktober in Berlin in Planung.
Am 18. Oktober 1977 wurden Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe im BRD-Knast Stammheim ermordet. Der Mordanschlag auf Irmgard Möller schlug fehl.

Freiheit für alle revolutionären, anti-imperialistischen, antifaschistischen und antizionistischen Gefangenen !

Unterstützt Christian zur Durchsetzung seiner Forderungen (aber nicht erst am 17. oder 18. 10.) !

Achtet bitte innerhalb der nächsten zwei Wochen auf Näheres in Infoläden und Tagespresse.

---

11. BERLINER LESBENWOCHE

Do. 5.10. 20h "Sagt den Frauen, dass wir weiterkämpfen" Film mit anschl. Diskussion über CUBA
Ort: EX, Gneisenaustr. 2a, (U) Mehringdamm

Fr. 6.10. ab 20h LESBEN/FRAUEN-PARTY mit "DULCE" aus Spanien, anschl. ca. ab 23h Disco mit DJane Anette
Ort: EX, Gneisenaustr. 2a, (U) Mehringdamm

Sa. 7.10. 22h Performance, Helena Goldwater anschl. Disco mit DJane Kerstin
Ort: SO 36, Oranienstr. 190, (U) Kottbusser Tor

Alle Veranstaltungen sind nur für Lesben/Frauen.

LESBEN/FRAUEN-KNEIPE: das EX im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a (U) Mehringdamm
ist während der Lesbenwoche nur für ♀♀ jeden Tag ab 10h (Frühstück, warmes Essen)

10.10.1995 20 Uhr

Informationsveranstaltung

In Zusammenarbeit mit der Baobab - Infoladengruppe und dem

Ermittlungsausschuß

gegen staatliche Verfolgung bei Demos und Aktionen aus dem linken Spektrum

- macht Telefondienst bei Demos und Aktionen
- sammelt Informationen
- sucht ZeugInnen
- schafft Gegenöffentlichkeit
- vermittelt und bezahlt AnwältInnen

Zur Geschichte und Arbeit des Ermittlungsausschusses.

Mit Tips zum Verhalten bei Festnahmen, Durchsuchungen etc.

6922222

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Mumia Abu-Jamal, freier Journalist und ehem. Black Panther Aktivist, sitzt seit 13 Jahren unschuldig in der Todeszelle. Sein für den 17. August '95 angesetzter Hinrichtungstermin wurde zwar ausgesetzt. Sein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens am 15. September von Richter A. Sabo aber abgelehnt.

Len Weinglass, einer der Anwälte aus dem Verteidigerteam von Mumia Abu-Jamal und Michael Hahn, freier Journalist und Konkret-Autor, werden über das Verfahren von Mumia Abu-Jamal, die politischen Hintergründe und die nächsten juristischen Schritte sowie über die Todesstrafe und die sich verschärfende Repression in den USA und International berichten.

Für alle die jetzt schon was unternehmen wollen die Fax-Nummern und Adressen des Berufungsgerichts in Pennsylvania:



Chief Justice Robert Nix
Pennsylvania Supreme Court
Widener Bldng #500
One South Penn Sq.
Philadelphia PA 19107
Tel.: 001-215-560-3071 Fax: 001-215-580-3070

Justice Ralph Cappy
Pennsylvania Supreme Court
3130 One Oxford Center Grant St.
Pittsburgh PA 15219
Tel.:001-412-565-2700 Fax: 001-412-565-2703

Schickt Briefe und Faxe mit der Forderung nach Wiederaufnahme des Verfahrens!

Veranstaltung:

mit Len Weinglass (Anwalt von Mumia Abu-Jamal)

Michael Hahn (Freier Journalist und Konkret-Autor)

Di., 10. Okt., 19 Uhr HU-Kinosaal
(Im Hauptgeb. der HU / Unter den Linden)

VeranstalterInnen: Solidaritätsbüro Mumia Abu-Jamal, ARI, AIM, Vereinigung Berliner Strafverteidiger/innen e.V., Vereinigung Demokratischer Juristen/innen e.V., Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltsverein, Internationale Liga für Menschenrechte

V.i.S.d.P. V. Ratzmann, Schliemannstr 23 10437 Berlin

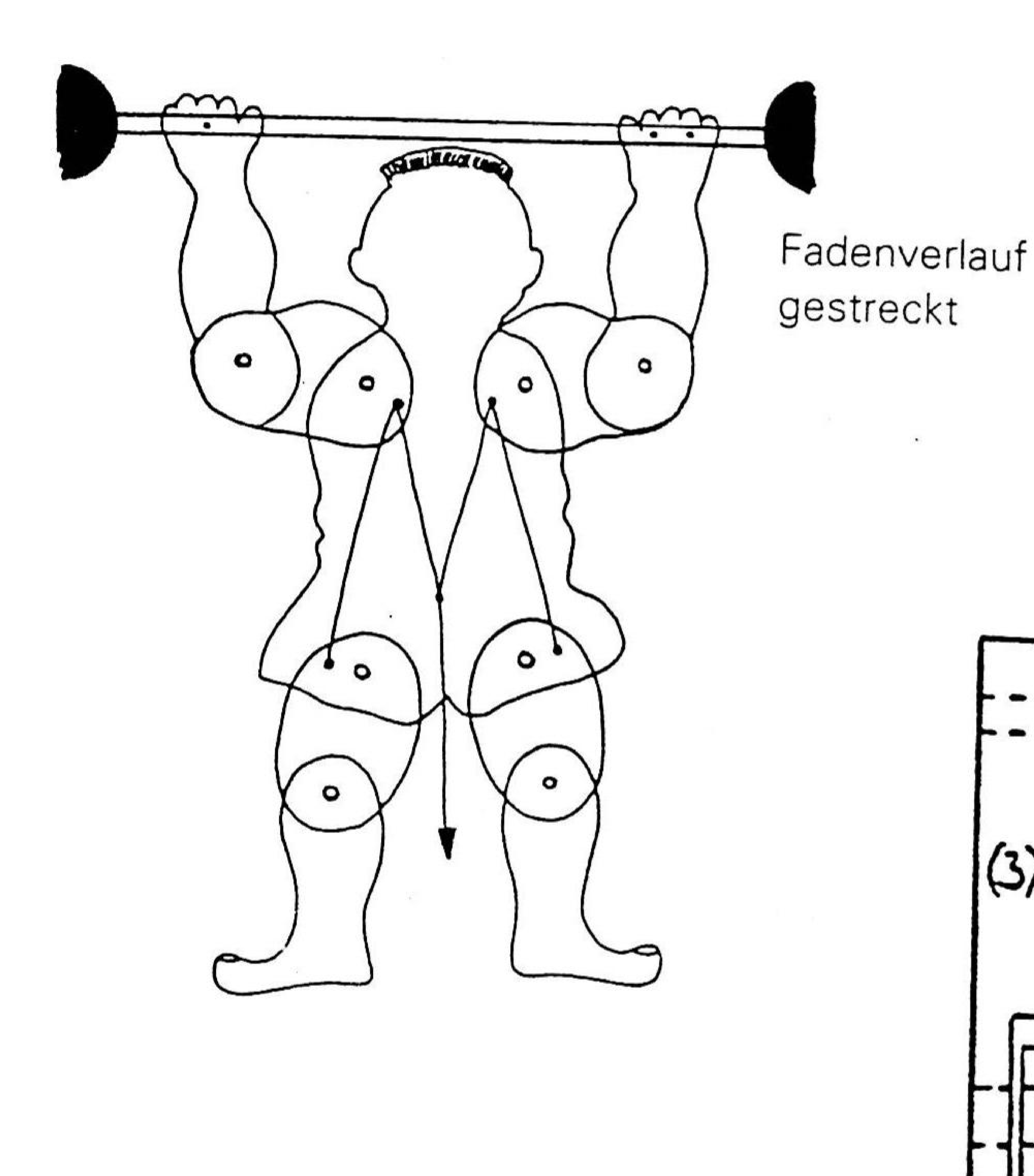


Bastelanleitung

für einen Hampel-Macker

Im folgenden dokumentieren wir, einen uns zugesandten Bausatz. Wir haben ihn nicht selbst ausprobiert und fordern daher alle dazu auf, mit Vorsicht zu agieren. Wie bei allen Bausätzen gilt äußerste Umsicht beim Zusammenbau und in der Handhabung. Arbeitet mit Handschuhen und laßt kein überflüssiges Material übrig. Hinterlaßt keine Spuren am Ort wo ihr den Bausatz plaziert. Vorwärts im Kampf gegen das Patriarchat!
PS: Mit wenigen Handgriffen ist aus dem Hampel-Macker auch ein Sitzpisser zu basteln (Hantelstange entfernen).

Vorlagen



Fadenverlauf gestreckt

(3)

(4)

Kniegelenk

(Seitenansicht)

Material

Birkensperrholz ca. 200 x 300 x 3 mm, Rundholz ca.160 mm/4 mm Durchmesser, zwei Wattekugeln 35 mm, Sternzwirn, acht Hohlnieten (4 x 10 mm), drei kleine Nägel, eine Holzperle, Bastellack, Bastelkleber.

Durchführung

Alle Teile werden nach der Vorlage auf das Birkensperrholz übertragen und mit einer Laubsäge herausgearbeitet. Dabei ist zu beachten, daß die Vorlage für den zweiten Arm und das zweite Bein auch seitenverkehrt angefertigt wird. Die Werkstücke erhalten an den markierten Stellen Bohrungen von 5 mm für die Gelenke und von 1 mm für die Fäden und die Aufhängung. Mit feinem Sandpapier werden alle Teile gründlich geschliffen.
Vor dem endgültigen Anstrich werden die Holzstücke zweimal mit farblosem, umweltfreundlichem Bastellack gestrichen. Das Schleifen ist nach jedem Anstrich und einer angemessenen Trockenzeit wichtig.
Es folgt die gewünschte Bemalung. Hierzu überträgt man die wichtigsten Konturen der Figur mit einem weichen Bleistift. Da das Birkenholz eine hautähnliche Farbe hat, ist es nur nötig Hose und Hemd auszumalen. Das Gesicht wird mit dünnen Filzschreibern oder Folienstiften gestaltet.
Hantelstange und Wattekugeln überstreicht man mit schwarzem Bastellack.
Die beweglichen Körperteile werden nun mit Hilfe von Hohlnieten zusammengefügt. Die Oberarme und -schenkel sind hinter dem Körper zu befestigen. Die Unterarme und -schenkel werden von vorn aufgesetzt.
Die Hantelstange fixiert man an der linken Hand mit einem Nagel so, daß diese Stelle beweglich bleibt. An der rechten Hand sorgen zwei Nägel für festen Halt. Überstehende Spitzen werden mit einem Stück Kork abgedeckt oder mit einer Zange abgekniffen. Nun klebt man noch die beiden Wattekugeln an die Hantelstange.
Nach dem Zusammensetzen der einzelnen Teile sind die Fäden entsprechend der Grafik zu verknoten. Der Zugfaden wird an einem längeren Fadendreieck zwischen den Armen befestigt, damit sich die Beine beim Ziehen ausreichend strecken können.
Die Schnurlänge zwischen Armen und Beinen ist durch Probieren herauszubekommen. Im gestreckten Zustand sollten sie locker durchhängen.
Zum Schluß verknotet man am Ende des Zugfadens noch eine Perle und befestigt den Aufhängezwirn.